

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Verlagsredaktion: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 29. September 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
 mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
Unterhaltungsblatt
 und der Sonntags-Beilage
„Die Neue Welt“.

Im Unterhaltungsblatt beginnen wir am 1. Oktober mit dem
 Abdruck eines ergreifenden, psychologischen Romans

Hanna

Von Peter Egge.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren
 sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
 monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Be-
 stellungen zum Preise von

3 Mark 30 Pfennig

für die Monate Oktober, November, Dezember
 entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste
 unter Nr. 7820.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

England und Transvaal.

Die von uns publizierte Antwort des englischen Kabinetts
 auf die Note Transvaals vom 12. d. M. schob die Entscheidung
 über Krieg und Frieden nochmals hinaus. Optimistische
 Gemüther schöpfen aus dem zurückhaltenden Ton der englischen
 Antwort die schöne Hoffnung, daß doch noch der Krieg ver-
 mieden werden kann. Das macht ihrem guten Herzen alle
 Ehre, zeugt aber von einer ziemlich geringen Einsicht in den
 gegenwärtigen Stand der Krisis. Die englische Regierung
 kann, nachdem die Chamberlain, Milner und Green einmal
 durch ihre Praktiken die Sache soweit vorangetrieben haben,
 nicht gut zurück, ohne sich bloßzustellen und in Süd-
 afrika einen guten Teil ihres Einflusses zu verlieren, nicht nur
 bei der Bevölkerung der Transvaal- und der Oranje-Republik,
 sondern auch der Kapkolonie, deren Verhalten gegen das Auftreten
 des englischen Gouverneurs ohnehin der englischen Regierung
 wenig in ihre Absichten paßt. Die englische Regierung kann
 sich eine solche Nachgiebigkeit umsonst weniger gestatten, als un-
 geachtet aller schönen Reden und Protestationen der Morley,
 Harcourt, Clark, Foster usw. es den englischen Interessenten
 in Südafrika unabweisbar gelungen ist, durch ihre tendenziösen
 Darstellungen in der kapitalistischen Presse den größten Teil
 des englischen Publikums, auch der nicht-socialistischen Arbeit-
 schaft, für einen Krieg gegen die Boerenrepublik einzunehmen.

Ein weit sicheres Kennzeichen für den Fortschritt der
 Krisis als sorgsam ausgeklügelte diplomatische Noten sind die
 beiderseitig fortgesetzten Rüstungen, die Vorschübung der eng-
 lischen Truppen an die Transvaal-Grenze, die kriegslistigen
 Anstellungen englischer Regierungsmitglieder, wie der ehren-
 werten Herren Fisher und Wyndham, und vor allem die
 Haltung des Kap-Parlaments, das, um etwaigen gewaltsamen
 Maßnahmen des englischen Gouverneurs Milner vorzubeugen,
 sich in Permanenz erklärt hat und dessen Mitgliedern der
 Ministerpräsident bereits bis November die Diäten ange-
 wiesen hat.

Wenn Englands Regierung trotz aller dieser Zeichen, die
 beweisen, daß im englischen Kabinet selbst der Krieg als
 unvermeidlich gilt, immer wieder zögert, das entscheidende
 Ultimatum zu stellen, so sind es vor allem drei Gründe, die
 sie dazu bewegen. Zunächst möchte die englische Regierung
 ihre Rüstungen einigermaßen vollenden, um gleich mit voller
 Wucht loszuschlagen zu können und nicht Natal einer Invasion
 durch die Transvaalboeren auszuliefern. Dann hätte sie der
 Transvaal-Regierung gar zu gern das Odium aufgeladen,
 den Krieg durch ihre hinterlistigen Rastinationen und ihre
 Unnachgiebigkeit provoziert zu haben. Bieweil dem englischen
 Kabinet daran liegt, der Transvaal-Regierung Zweideutigkeiten
 nachweisen zu können, zeigte deutlich das Intriguenspiel, das
 der englische Agent Green sich vor der Abjendung der vorletzten
 Antwort des Transvaalstaats auf den Chamberlainschen Kom-
 missionsvorschlag in Pretoria geleistet hat und das der Prä-
 sident des Oranje-Freistaats in der Sitzung des Raads vom
 21. d. M. nicht mit Unrecht als eine Täuschung und einen
 „indirekten Vertrauensbruch“ bezeichnete. Tatsächlich ist es
 ja auch dadurch gelungen, dem Publikum, das die Green-
 Wänersche Schiebung nicht mit Aufmerksamkeit verfolgt hat,
 die Meinung beizubringen, die Transvaal-Regierung hätte
 freigegebene Zugeständnisse hinterher ohne Anlaß wieder
 zurückgezogen und dadurch England herausgefordert.

Als dritter Grund kommt noch hinzu, daß der Krieg in
 Südafrika höchst wahrscheinlich weit größere Dimensionen
 annehmen wird, als vor zwei Monaten die englische Regierung
 voraussetzte. Wenn noch vor kurzem der „Standard“ meinte,

der Oranje-Freistaat werde sein Schicksal nicht an das der
 Transvaal-Republik knüpfen, so ist diese Hoffnung jetzt durch
 den einstimmigen Beschluß auf Unterstützung Transvaals, den
 der Volksraad des Oranje-Freistaats in der Sitzung am letzten
 Freitag gefaßt hat, völlig hinfällig geworden. Die energische
 Erklärung des Raads läßt keinen Zweifel mehr, daß beide
 südafrikanische Republiken zusammen Hand in Hand gehen
 werden. So ganz unwahrscheinlich sind sogar jene Berichte
 nicht, die wissen wollen, schon seit längerer Zeit sei
 zwischen den Feldkornets beider Staaten ein gemeinsamer
 Feldzugsplan vereinbart worden. Doch kommen nicht
 nur diese beiden Staaten in Betracht. Auch bei den Boeren
 Natal ist die Neigung vorhanden, sich ihren Vektoren
 nördlich des Vaalkusses anzuschließen, und selbst die Afrikaner-
 partei der Kapkolonie sympathisiert, wenn sie sich auch schmer-
 lich offen am Kampf beteiligen wird, mit den Transvaal-
 Boeren. Und dann die eingeborene Rassen- und Vantu-
 Bevölkerung. Kommt es zum Kriege, wird sie kaum ruhig
 bleiben. Der jetzt in Rhodesia betriebenen Anwerbung von
 Zulufassern werden sicherlich sobald es ernst wird, die Boeren
 die Aufstachelung der gegen die englische Bedrückung er-
 bitterten Natabeles entgegensetzen. Leicht können sich dann
 am Ende unseres „humanen“ Jahrhunderts dieselben grau-
 samen, blutigen Szenen wiederholen, die im vorigen Jahr-
 hundert in dem Kampf Englands und Frankreichs um Nordamerika
 die Entfesselung der Rache-Instinkte der rohen Indianerhorden
 gezeitigt hat.

Und warum dieser Kampf? In der Hauptsache zum
 Nutzen der englischen Minenbesitzer, Shareholders (Aktien-
 inhaber) und Interessenten der Chartered Company. Aller-
 dings handelt es sich bei diesem Nutzen um recht ansehnliche
 Summen. Während z. B. die Goldproduktion Transvaals zu
 Anfang der achtziger Jahre nur 100 000 bis 200 000 Mark
 erreichte, betrug sie 1888 bereits 20 Millionen, 1891
 58 Millionen und im vorigen Jahre nicht weniger als
 346 Millionen Mark. Dabei ist die Ausbeute in stetigem
 Steigen begriffen. Und an dieser Produktion ist ein enormes
 englisches Kapital beteiligt. Schon im Jahre 1896, als die Gold-
 gewinnung kaum die Hälfte der diesjährigen erreichte, bestanden
 an 200 Minengesellschaften mit einem Gesamtkapital von
 1147 Millionen Mark. Die Zahl der beschäftigten Weißen
 betrug 9375, die Zahl der in den Minen arbeitenden Schwarzen
 über 64 000.

Man begreift, welches bedeutende englische Kapital bei
 dem Goldminenbetrieb Transvaals engagiert ist und wie groß
 die Zahl der Beteiligten sein mag, die an dem Aufstehen der
 Zoll- und Finanzwirtschaft der Buren mit ihrer Aufrechterhaltung
 der Gewinnabgabe von der Goldproduktion und des Dynamit-
 Monopols interessiert ist. Es sind keineswegs, wie so oft gesagt wird,
 nur eine Handvoll Minenbesitzer. Dazu gesellen sich die Aktionäre
 und Anhängel der British South Africa Company, die seit
 ihrer Begründung mit bedeutender Unterbilanz arbeitet und
 deren Fehlbetrag sich jetzt auf etwa 5 689 000 Pfst. oder
 117 Millionen Mark beläuft. Sie alle rechnen darauf, daß
 nach der Erwerbung Transvaals auch ihr Gebiet vom Staat
 übernommen und zur selbständigen englischen Kolonie erklärt
 wird und daß damit zugleich — Cecil Rhodes hat das in
 der letzten Generalversammlung offen ausgesprochen — eine
 Uebernahme des Deficits von 117 Millionen Mark auf den
 Staat erfolgt, d. h. die Aktionäre ihr Geld zurückerhalten.

Und nicht zuletzt sprechen die imperialistischen Expansions-
 politiker mit, die ganz Süd- und Ostafrika im englischen Besitz
 sehen möchten, als aufnahmefähigen Anlage- und Absatzmarkt
 für englisches Kapital und die englische Industrie; groß-
 afrikanische Pläne, bei denen sich ihnen die Selbständigkeit der
 beiden südafrikanischen Republiken als erstes Hemmnis hindernd
 in den Weg stellt.

Das sind die Interessen und Wünsche, die England zum
 Kampf treiben; die ausgeworfene Wahlrechtsfrage ist kaum mehr
 als ein in den Vordergrund geschobener formeller Vorwand.
 Im Grunde handelt es sich, wie aus allen offiziellen und
 nicht-offiziellen Auslassungen der Rache hervorklingt, einfach
 darum, die Transvaal-Republik in möglichster Abhängigkeit
 von England zu bringen oder, noch besser, dem britischen
 Kolonialbesitz einzuverleiben. Die Verteilung des Wahlrechts
 an die englischen „Mitländer“, d. h. die im Transvaalstaat
 ansässigen Engländer gilt jenen Kreisen nur als Mittel, um mit
 späterer englischer Nachhilfe der englischen Partei in Trans-
 vaal einen immer größeren Einfluß in den inneren Angelegen-
 heiten der Republik zu sichern und so deren Einverleibung
 vorzubereiten. Handelte es sich für England nur darum, den
 in Transvaal lebenden Mitländern eine gewisse Vertretung zu
 ermöglichen, dann hätte es das Angebot Transvaals vom
 15. August annehmen können, daß den Mitländern das Stimm-
 recht nach fünfjährigem Aufenthalt und zwar mit rückwirkender
 Kraft, sowie gleiche Rechte und Privilegien in Bezug auf die Prä-
 sidentenwahl zugestanden, also weit mehr als der englische
 Gouverneur auf der Bloemfontein-Konferenz gefordert hatte.
 Aber England wollte vor allem seine imaginäre Souveränität
 aufrecht erhalten, von der in dem Vertrag von 1884 nichts
 enthalten ist und die von dem besten Kenner der Streitfrage,
 dem Rechtsgelehrten Dr. Farrell, bestritten wird. Es will
 eben seine Hand im Spiel behalten, um bei passender Ge-
 legenheit zugzugreifen.

Das wissen die beiden südafrikanischen Republiken, und
 aus dieser Erkenntnis ist ihr Bündnis hervorgegangen. Eben
 deshalb hat sich auch der Transvaalstaat bisher dem Ein-

bringen des englischen Elementes in die Verwaltung und Re-
 gierung des Landes mit solcher Hartnäckigkeit widersetzt. Ob
 allerdings es nicht weit besser gewesen wäre, wenn die
 Transvaalregierung dem englischen Vorwand dadurch vorge-
 beugt hätte, daß sie freiwillig nach dem Jamesonschen Einfall
 die Erlangung des Bürgerrechts erleichtert und den Mitländern
 eine beschränkte Vertretung zugestanden hätte, das bleibt zum
 mindesten zweifelhaft. Indem Präsident Krüger sich mit
 dem englischen Gouverneur auf Feilschen und Abdingen
 einließ, sich zu Anerbietungen verstand, erkannte er gewisser-
 machen an, daß die englische Regierung ein Recht habe, sich
 in innere Angelegenheiten des Transvaalstaats zu mischen.
 Richtiger wäre es gewesen, von selbst den Mitländern gewisse
 Rechte zu gewähren, die man ihnen auf die Dauer unter den
 bestehenden Verhältnissen doch nicht verwehren konnte, und
 dann, gestützt auf den Vertrag von 1884, einfach alle Zu-
 mütungen des Londoner Kabinetts als unbedingte Ein-
 mischung entschieden zurückzuweisen.

Von neuen Nachrichten über die Situation in Südafrika sind
 folgende zu verzeichnen.

Die „Times“ veröffentlichten folgende Depesche aus Pretoria
 vom Mittwoch: Die Antwort Transvaals auf die letzten Depeschen
 der britischen Regierung steht noch zur Beratung. Eine starke
 Partei drängt die Regierung, die Entscheidung ohne Verzug
 herbeizuführen.

Aus Johannesburg wird den „Times“ gemeldet:
 Einfuhrreiche Beamte der Transvaal-Regierung bezeichnen den
 Beginn des feindlichen Zustandes innerhalb einer Woche für
 wahrscheinlich. Während der letzten Nacht wurden 4000 Gewehre
 und eine große Menge Schießbedarf im Hause des Johannesburg-
 Feldkornets abgeliefert.

Wie aus Bloemfontein gemeldet wird, hat der Raad des
 Oranje-Freistaats einstimmig eine Resolution angenommen,
 worin die Regierung aufgefordert wird, mit allen Mitteln zur
 Aufrechterhaltung des Friedens beizutragen, damit die Un-
 abhängigkeit Transvaals nicht Schaden leide. Ferner beschloß
 der Raad, der Oranje-Freistaat solle, was auch kommen möge, die
 Sache Transvaals unterstützen.

Aus Kapstadt wird telegraphiert: Hier herrscht große Be-
 sorgnis über die Haltung der Eingeborenen des Westkapa-
 lands und der Natabele. Letztere sind bewaffnet und scheinen zum
 Kriege bereit zu sein. Ein Regiment reitender Artillerie ist nach der
 Grenze abgezogen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. September.

Blindfah.

In der Presse wirbelt es von Krisengerüchten. Man hat
 das Gefühl, als ob — nach Veröffentlichung der Zedlitzschen
 Honorarrechnungen — das Unglaubliche sich ereignet habe,
 daß der gewandteste aller Staatsmänner in die Falle geraten sei.
 Riquels Rücktritt wird von den verschiedensten Seiten
 nunmehr als sicher angekündigt.

Für uns hat dieses Blindfahspiel, das sich bei uns innere
 Politik nennt, nichts Aufregendes. Es ist ganz gleichgültig,
 ob Herr Riquel sein Regierungsgeschäft endlich aufgibt; es
 würde uns auch nicht überraschen, wenn Herr v. Zedlitz sein
 Nachfolger werden würde. Interessant ist uns der Handel
 nur unter dem Gesichtspunkt der politischen Moral. Das
 Reinlichkeitsbedürfnis ist bei uns nicht sonderlich ausgeprägt.
 Wie wäre es sonst möglich, daß nicht unmittelbar der durch
 unsere Enthüllung meist kompromittierte Mann — der frucht-
 bare Leitartikelschreiber hat keine Bedeutung — der Defekt-
 lichkeit eine zwingende Rechtfertigung anbot, daß er an der
 Intrigue unbeteiligt ist.

Das offiziöse Geschwätz, das jetzt allenthalben auftaucht,
 hat keinerlei politischen Wert. Wie lächerlich ist es, wenn
 die „Nordd. Allgem. Zeitung“ zu dem Briefe des Freiherrn
 v. Zedlitz bemerkt:

„Wie wir hören, entspricht die vorstehende Erklärung den
 Wünschen der Staatsregierung, welche auch ihrerseits
 der Ansicht ist, daß sich eine derartige journalistische Thätigkeit,
 wie sie von dem Freiherrn v. Zedlitz ausgeübt worden ist, mit
 der Stellung eines Beamten nicht verträgt.“

Diese ihre Wünsche hat die Regierung auffällig verspätet
 in sich entdeckt. Hat die Regierung vor unserer Veröffentlichung
 nichts von der Thätigkeit des Herrn v. Zedlitz gehört?
 Es wäre sonderbar, wenn sich die Regierung
 über das, was in ihrem eigenen Schoß vorgeht,
 erst aus dem „Vorwärts“ unterrichten muß.
 Oder weiß die Regierung am Ende überhaupt nicht mehr,
 wer die Regierung ist?

Ebenso lässlich leer ist eine unnötigerweise in Sperr-
 druck veröffentlichte Kundgebung der ministeriellen „Berliner
 Korrespondenz“, die ein Generaldementi gegen sämtliche Be-
 hauptungen liberaler und konservativer Blätter bringt, ohne
 zu sagen, was denn die Wahrheit ist.

Von den Blättern benimmt sich die „Kreuz-Zeitung“ am
 interessantesten. Sie hat bisher immer noch keine Silbe über
 den Fall Zedlitz-Riquel geschrieben; sie drückt lediglich
 Zedlitzsche Kundigungsschreiben in kleinsten Lettern ab — ohne
 jede erläuternde Bemerkung. Entweder nimmt die „Kreuz-
 Zeitung“ an, daß ihre Leser, wenn sie sich zu informieren
 wünschen, zum „Vorwärts“ greifen, oder aber sie ist über-
 zeugt, daß sie sämtlich längst um diesen Skandal wußten.

Auch die brave „Post“ hat immer noch nicht verraten,
 worum es sich eigentlich handelt. Dafür holt sie nach, was
 sie im ersten Schreck vergessen, sie druckt ein paar Sätze be-

denkungsloser Blätter ab, die sich in üblicher Weise fittlich empören, daß der „Vorwärts“ das Amt ausübt, über die Verderbnis unserer Zustände schlüssiges Anlagematerial beizubringen.

Es ist durchaus konsequent, daß ein auf dreifachen Füßen erlapptes Blatt des Verdachts nach moralischer Entrüstung verführt. Uebrigens nimmt das Blatt in einer wichtig gemeinten Polemik gegen ein liberales Organ seine Zuflucht zu antisemitischen Scherzen, um den Eindruck der Bedrückung zu verstärken. Der Antisemitismus ist seit jeher der letzte Schlimmthun aller Abgewanderten.

Uebrigens ist Herr v. Miquel als preussischer Minister so unendlich geworden, daß er vielleicht endlich an das Ziel seines Ehrgeizes gelangt und — Reichskanzler wird.

Der Verein für Socialpolitik

Hat Mittwochnachmittag seine Generalversammlung in Breslau geschlossen.

Anfang und Ende spiegeln recht deutlich die sich kreuzenden Strömungen wieder, die in dieser Organisation des aufgeklärten Professoren- und Beamtenums — so darf man vielleicht kurz sagen — von jeher sich geltend machten.

Die einleitende Rede Schmöllers betonte diesmal zwar milde, aber trotz aller vorsichtigen Wenn und Aber stärker, als man es sonst bei dem diplomatisierenden Geheimrat und Herrenhäuser gewöhnt ist — die Notwendigkeit einer fortschreitenden Hebung der Arbeiterklasse. Der Berliner Gelehrte machte zwar auch hierbei den „Offizieren“ der Produktion, dem Großunternehmertum, seine Reverenz, aber er erkannte im gleichen Atem die Bedeutung der deutschen Arbeiterbewegung an, deren „Führer mit zu den tüchtigsten, fähigsten, idealsten Kräften der Nation“ gehörten:

„Viele von uns beklagen es, daß eine Veränderung der Gesetzgebung in Bezug auf das Koalitionsrecht schwer... Wir betonen, daß ohne eine große und sorgfältige Socialreform, ohne geistige und sonstige Hebung, ohne Anerkennung der Gleichberechtigung der arbeitenden Massen auf dem Markte wir den größten Gefahren entgegen gehen... Ich wünsche nicht, daß man die Arbeiter, mit denen man sich über praktische Einzelfragen verständigen kann, in ihren Rechten beschränkt, nur deshalb, weil sie Zukunftspläne haben, die anderen Massen nicht gefallen. Ich hoffe auch, daß die Regierung nicht solchen Vorkommnissen folgen werde. Ich fürchte es, so entständen Gefahren, die nicht geringer wären, als die socialistische. Unser Konstantum und Beamtenum erheben dann nur als Randnotiz des Großkapitals.“

Auch die folgende Verantwortung über die Hausindustrie zeigte im allgemeinen das Bestreben, nicht um überlebter Interessen willen das Wohl hunderttausender von Arbeitern und eines ganzen ungeheuren Arbeiterwachstums aufs Spiel zu setzen. Man betont die Dringlichkeit des Eingreifens und ebenso das Erwachen der Ausgebeuteten zu klarer Einsicht in ihre Lage und zu aktivem Kampfe gegen die herabdrückenden Tendenzen dieser schrecklichsten Art des großkapitalistischen Betriebes. Doch schon hierbei tauchen allerlei rüchsende Bedenken auf über zu starke Einmischung in das Familienleben und über drohende Abwanderung vom flachen Lande, wenn die dürftige Hausindustrie nicht mehr als „Verhütungsmittel“ wirkt.

Immerhin darf man dem Vereine dankbar sein, daß auch er eine der brennendsten Fragen unserer Socialpolitik, die Ausbeutung des Arbeiters auf die Hausindustrie, mehr in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt hat, vor allem durch die fleißigen und lehrreichen Darstellungen in den Vereinschriften.

Bei der Erörterung der wirtschaftlichen Entwicklung im Detailhandel und des Wettbewerbes der Warenhäuser und Konsumvereine kam die Mittelstandsfreundlichkeit, auch wo sie nur auf Kosten der Arbeiter als Konsummenten ausgeübt werden kann, stärker zum Ausdruck — nicht in den Referaten der Professoren Sombart und Dr. Rathgen, die im Gegenteil allen reaktionären Rettungsversuchen den Fehdehandschuh hinwarfen, wohl aber in der Rede des Handelskammer-Syndikus Dr. Rode-Hannover, im Schlusswort Gierkes, dieses sonderbaren Schwärmers für Auerben, Heimstätten und sonstige Alibi-Mittel gegen die Verwiltung des römischen Rechts, und ebenso wiederholt in der Diskussion. Die Generalversammlung endete so mit einer Dissonanz, da Sombart sich in einer persönlichen Bemerkung gegen das Schlusswort Gierkes verwahren mußte, das eigentlich nur den Gang der Debatte zusammenfassen, jedoch niemanden attackieren sollte.

Jeder demonstrativen Kundgebung, wie im Vorjahre dem Hoch auf den vierten Stand und der Proklamierung des entlassenen Ministers v. Berlepsch zum künftigen Führer, ist der Verein diesmal ausgewichen. Die Rücksicht auf den inneren Zusammenhalt so heterogener Elemente, wie sie den Verein bilden, mag das erklären. Indes ist sie auch die Hauptursache, warum der Verein für Socialpolitik niemals denjenigen Einfluß auf die öffentliche Meinung und die Socialgesetzgebung Deutschlands gewinnen konnte, von dem die hervorragenden Begründer wohl träumten. Man kämpft nicht; man untersucht und diskutiert, aber man will es mit keiner Seite verderben und kommt zu keinen männlichen Entschlüssen. Das aufgeklärte Professoren- und Beamtenum ist eben in Deutschland Stumm und das Centralverbandes nicht die Macht, die es einst war oder doch zu sein schien. Sonst hätten wir wohl auch, in einer so konfliktreichen Zeit wie der Gegenwart, in Breslau kräftigere Verwahrungen gegen das Regiment der Scharmacher, diese Schmach für die deutsche Kultur, hören müssen.

Deutsches Reich.

Centrum und Zuchtvorlage.

Unsere Ausführungen über die Aenderungen Liebers zur Zuchtvorlage hatten wir den Bericht der katholischen „Germania“ zu Grunde gelegt und sie mit der Einschränkung wiedergegeben: „Die Wichtigkeit des Berichtes vorangesetzt.“

Herr Lieber hatte nach diesem Bericht gesagt:

„Wir stehen heute auf demselben Standpunkte, den ich im Namen der Fraktion bei der ersten Lesung darzulegen die Ehre hatte. Wir werden dieselben Verhaltungsmaßregeln innehalten und sind bereits an der Arbeit, positive Vorschläge zum Schutze der Arbeitswilligen gefällig zu finden, ohne die der Mißbrauch des Koalitionsrechtes nicht getroffen werden kann.“

Das Rheinische Centrumsorgan behauptet nun, die Stelle habe wie folgt gelautet:

„Wir werden dieselbe Verhaltungslinie innehalten und sind bereits an der Arbeit, die positiven Vorschläge zum Schutze der Koalitionsfreiheit gesetzgeberisch zu formulieren, ohne die für uns eine Verstärkung des Mißbrauches der Freiheit nicht da ist.“

Hat das Herr Lieber gesagt, so stände das allerdings mit seiner Reichstagsklärung nicht in geradem Widerspruch, aber

andererseits auch nicht im vollen Einklang. Im Reichstag forderte Herr Lieber als „Vorbedingung“ nicht nur den Schutz, sondern auch die Erweiterung der Koalitionsfreiheit auf alle Staatsbürger, also auf die Landarbeiter und das Gesinde.

Es wäre gut, wenn Herr Lieber mit Namensunterschrift erklärte, was er eigentlich in Mainz gesagt hat und zugleich angeführte in der ersten Lesung abgegebene Erklärung wiederholte.

Was das nicht geschieht, haben wir anfänglich der verschiedenen Strömungen im Centrum keinen Anlaß, unser Mißtrauen anzugeben.

Nationalliberale Klüftung gegen das Koalitionsrecht. Die der „Berl. Vork.-Zeitung“ geschrieben wird, beteiligen sich an der Vorbereitung von Antträgen zum Zuchtgesetz diejenigen Mitglieder der nationalliberalen Fraktion, namens deren am 19. Juni erklärt wurde, daß sie in den §§ 1, 2 und in Absatz 1 des § 4 der Regierungsvorlage das geeignete Material zu einer Verbesserung des § 163 der Gewerbe-Ordnung zu erlösen vermöchten und die nachher für Kommissionsberatung gestimmt haben.

Die Gruppe Daffermann-Hehl ist daran nicht beteiligt.

Der Freisinn und seine Wähler. So wenig die Socialdemokratie Anlaß hat, mit dem Ausfall der Wahl in Pirna unzufrieden zu sein, so viel Anlaß zu trüblichsten Betrachtungen hätte die freisinnige Partei, deren Wähler den vollsten Verfall der konservativen Zuchtreaktion sächlich-börsiger Spielart gefunden haben. Das Ausblat des Pirner Wahlkreises stellt den freisinnigen Wählern folgendes beschämende Zeugnis ihres Wohlverhaltens aus:

„Von keinem kurlischen Holzstube in der Berliner Zimmerstraße wird vielleicht Herr Eugen Richter den parteipolitischen Bombast loslassen auf die Getreuen dieses Wahlkreises, die es gewagt haben, seinem Gebote zu trotzen, die nicht bloß der Stimme sich nicht enthalten haben, sondern sogar in hellen Haufen, in manchen Orten sogar Mann für Mann, für den nationalen Kandidaten, für den „Schlichter der schwärzesten Reaktion“, eingetreten sind. Und die Socialdemokratie wird hohnlachend auf die Wahl in Pirna hinweisen, wenn der Teufel von Hagen mit ihr liebdingelnd in die Laube gehen will. Das braucht aber niemanden anzusehen; der hiesige Freisinn hat seine Probe glänzend bestanden.“

Die freisinnige Partei wird diese Lobspitze des sächsischen Amtsblattes nicht entlassen können. Liegt doch der Beweis vor, daß nicht nur die Wähler des Wahlkreises Pirna für den Antisemiten eintraten, sondern selbst freisinnige Wahlkomitees die Parole für die Reaktion ausgaben. Das Central-Wahlkomitee in Sebnitz machte sich schuldig durch vollständiges Stillschweigen; es gab keinerlei Weisung für seine Wähler aus. Die freisinnigen Wahlkomitees in Reusdorf und Langburkersdorf aber forderten, wie die „S. A.“ mitteilt, in einem durch den ganzen Wahlkreis verbreiteten Aufruf ausdrücklich zur Wahl von Loge auf!

München, 28. Sept. Der Landtag wurde heute nachmittags 2 Uhr vom Prinz-Regenten mit einer Thronrede eröffnet, welche zunächst darauf hinweist, daß trotz den gesteigerten Ausgaben das Budget ohne außerordentliche Rechnungsmittel balanciert und daß außerdem aus den Ertrüngen der Jahre 1896 und 1897 erhebliche Beträge zu Abschreibungen und für einmalige außerordentliche Staatsausgaben verwendet werden können. Die Thronrede kündigt sodann verschiedene Gesetzentwürfe an, darunter solche, betreffend den weiteren Ausbau der Staats-Eisenbahnen, die Ausbreitung des Lokalbahnenwesens und die Herstellung von Wohnungen für das niedere Eisenbahnpersonal. Durch einen besonderen Gesetzentwurf wird den Inhabern von Grundbesitz der Bayerischen Landwirtschaft ein Vorrecht vor allen anderen Konfuzgläubigern hinsichtlich ihrer Befriedigung aus den Hypotheken der Bank gewährt. Andere Gesetzentwürfe stehen in Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches. Ferner wird angekündigt eine Revision des Berggesetzes, ein Gesetzentwurf über die ärztliche Standes- und Ehrengerichts-Ordnung, ein Gesetzentwurf über Pferdeversicherung und erhebliche Rechtsforderungen für die verschiedenen Teile des Budgets. Die Thronrede kündigt auch eine staatliche Hilfe für die durch die Ueberschwemmungen Geschädigten an.

Die Landtagswahl in Sachsen.

Zu den gestern mitgeteilten Wahlergebnissen aus Chemnitz und Umgebung sind heute folgende zu verzeichnen. In Dresden hatte ein Landtagswahlkreis zu wählen. Von den 33 in der dritten Wahlerklasse zu wählenden Wahlmännern sind 23 socialdemokratische, 8 konservative gewählt worden.

Die Wahlberechtigung war schwach. Von 6881 Wahlberechtigten machten nur 2407 von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Allerdings wählten auch bei früheren Landtagswahlen, als noch das gleiche Wahlrecht bestand, selten mehr als 50 Proz. der Wahlberechtigten. Für die socialdemokratischen Wahlmännerkandidaten wurden 1820, die konservativen 1061 Stimmen abgegeben. In Riesa, Reichenau, Elsterberg sagten sämtliche — 13 — socialdemokratischen Wahlmännerkandidaten, während sich mehrere Parteigenossen in Treuen und Lenzfeld — in demselben Kreise! — nicht an der Wahl beteiligten. In Pirna beteiligten sich die Socialdemokraten infolge der Reichstagswahl nicht; es stimmten hier nur 17 Proz. der Wähler. — In Orlau, Burgen (S. händ. Kreis) sagten die gegnerischen Wahlmänner, während in Riesa 2 Socialdemokraten und 5 Gegner gewählt wurden. In Gelnhausen und Weichen sagten durchweg unsere Genossen, in Weichen mit 1086 gegen 461 Stimmen.

Ausland.

Der Mädchenmord in Polen.

Wie groß die Erregung der Bevölkerung infolge des Ritualmordprozesses ist, zeigt eine Meldung aus Prag vom 27. Septbr.: Der in Schlan verhaftete Josua Erdmann befindet sich auch noch daselbst in Haft. Unter der Menge, welche sich gestern abend sammelte, um seiner Excothierung auf den Bahnhof zuzusehen, wurde ein primitiver Galgen heraufgetragen, auf welchem der Balg eines freibierten Hundes aufgehängt war. Der rohe Spah erweckte in hohem Maße die Heiterkeit der Menge. Wegen dieser Ansammlung wurde die Einlieferung Erdmanns nach Kuttenberg verschoben. Erdmann behauptet, auszuweisen zu können, wo er in der Zeit des Mordes gewesen sei. Das Alibi des zweiten von Giloner angegebenen angeblichen Mörderes Wassermann ist bereits durch den Spitalarzt Dr. Schubert in Deutsch-Brod erbracht worden.

Die Wiener „Juristischen Blätter“ widmen in ihrer letzten Wochenchau dem in Kuttenberg durchgeführten Prozesse eine Reihe interessanter Betrachtungen, die sich vorwiegend mit der Anklage und ihrem Inhalte beschäftigen. Es heißt in denselben: „Weil in aufgeregten Zeiten und bei einer steigenden Verbitterung in der Bevölkerung auf einen Gesamteindruck basierte Verdächtigungen zu leicht zu Stande kommen, ist es Pflicht der ihrer Aufgabe bewußten Staatsbehörde, Anklagen nicht auf bloße Vermutung hin zu erheben. Kaum jemals wurde diese Pflicht härter verkannt, als in dem vielbesprochenen polnischen Prozesse, gleichviel ob der Angeklagte zufälligerweise der Thäter war oder nicht. Die Anklage beruht sich vor allem auf das allgemeine Gerücht, welches den Angeklagten als Thäter bezeichnet, obschon nach den weiteren Bemerkungen der Anklageschrift dieses Gerücht nur daraus entstanden war,

daß sich der Thäter im Walde, wo der Mord geschah, viel herumtrieb, daß er die Ermordete kennen mußte, und daß er unwahrscheinlich gelungnet hat, am Tage der That in dem Walde gewesen zu sein. Und auf dieses durch nichts unterstützte Gerücht wurde der Thäter in Verwahrungshaft genommen, obschon die Hausdurchsuchung kein Resultat ergeben hatte. Auch die Verdachtsmomente der Anklageschrift sind bloß, daß der Thäter die Ermordete kannte — ein Umstand, der wohl fast bei sämtlichen Bewohnern des kleinen Fleckens zugetragen haben dürfte — die vom Thäter bestreute, von verschiedenen Zeugen bestätigte Annahme, daß er zur Zeit, wo der Mord wahrscheinlich geschah, im Walde war, und der Besitz eines zur Verübung der That tauglichen Messers und einer leichten Hofe, welche in einem Koffer versteckt aufgefunden wurde, an der sich verdächtige Flecken befanden. Es wird also gegen den angeblichen Thäter vorgebracht die allgemeine Antipathie, ein nicht belastetes Vorleben und der Besitz einer Hofe mit Flecken. Denn der Umstand, daß er als Nachbar die Ermordete kannte, daß er zu der mutmaßlichen Zeit des Mordes auch im Walde war wie sonst oft, fällt gewiß nicht ins Gewicht. Man scheint aber auf das Zeugnis wahrer Thatsachen viel Nachdruck gelegt zu haben, aber nur jemand, der ganz unversucht ist mit dem Verhalten Angeklagter, wird im Verlaufe, durch Lügen ein Alibi zu schaffen, einen Schuldbeweis erbringen. Es ist jedem Praktiker bekannt, daß Leute aus dem Volke alles, auch das harmloseste, leugnen, sobald sie sich unter einer Anklage wissen, und vielleicht nicht so sehr ohne Begründung; denn noch immer hat, wie wir sehen, der Say Montaignes, der doch ein Edelmann und Privilegierter war, seine Wahrheit: „Wenn man mich beschuldigen würde, die Tanne von Notre-Dame gestohlen zu haben, würde ich mich Frankreich fliehen.“ Die Mitglieder des Wiener Landgerichts werden vielleicht nach dem Fall in Erinnerung haben, wo ein italienischer Arbeiter, eines schweren Raubes angeklagt, jede Verteidigung unterließ, zu sechs Jahren verurteilt wurde und, als nach zwei Jahren seine Unschuld sich herausstellte, einfach erklärte, er habe nichts gesprochen und sich in nichts verteidigt, weil er ja gewußt habe, daß er, einmal angeklagt, auch verloren sei. Verdammt in der Kriminalgeschichte ist das falsche Alibi des Desurques, der hauptsächlich auf Grund dieser erwiebenen Unwahrheit hingerichtet wurde.

So ist die Anklage im wesentlichen nur die Wiederholung des Gerüchtes, das eine allerdings noch summarische Jurisdiction als die der Geschworenen darstellt. Unter den Verdachtsgründen ist ein einziger, der als solcher gelten kann; das ist der Besitz eines Weinfleides, welches verdächtige Flecken trug. Da ist es nun unbegreiflich, daß über die Frage, ob diese Flecken von Menschenblut herrühren, kein Gutachten der Fakultät eingeholt wurde, da die Sachverständigen eine jeden Zweifel ausschließende Antwort nicht geben konnten. Es ist übrigens selbst Spuren von Menschenblut auf einem Kleidungsstücke allein noch nicht viel bedeuend, ist aus manchem Prozesse bekannt. Werthwürdiger noch als das positive Material der Anklage ist dasjenige, was fehlt — vor allem das Forsche nach dem Motive. Aber es wurde ein Motiv des Mordes subintelligiert, und zwar der sogenannte Ritualmord. Der den mythologischen Ursprung dieses Märchens kennt, wer weiß, wie von den Römern der Kaiserzeit bis auf die Götterzeit unserer Tage dem Christentum dieses Verbrechen angebichtet wurde, wer endlich bedenkt, daß im Laufe der vielen Jahrhunderte des Mittelalters, in welchem dieser Bahn, wenn auch nicht bei den erleuchteten Geistern, so doch in der dumpfen Menge lebte, eine große Zahl solcher Fälle hätte konstatiert werden müssen, wenn an der Sache etwas Wahres wäre, wird sich ein weiteres Gröbeln mit ruhigem Gewissen ersparen. Gewiß könnte einmal im Kopfe eines Richtvollstinnigen die Idee zu einem derartigen Mord durch die Schilderungen davon entstehen. Es hat aber die Anklage gar nicht verübt, den Bestand ähnlicher Gedanken bei dem Angeklagten nachzuweisen; sie hat übrigens durch die Annahme von Ritualmord eine solche vereinzelte Verirrung ausgeschlossen und damit unabweislich den religiösen Vorurteil zum Substrat der Anklage genommen. Dabei wurde nicht einmal erwähnt, daß sich zur Zeit des Verbrechens ein Mörder im Walde herumtrieb, daß manche Personen, darunter der glaubwürdigste von allen, der Pfarrer, einen fremden wildaussehenden Mann aus dem Walde treten sahen, man hat mit großer Empfindung die Möglichkeit der Nichtschuld des Angeklagten besprochen und in Mitte einer erregten Menge ein Verdict der Geschworenen erzielte. Ueber die Verhandlung wollen wir schon deshalb nicht sprechen, weil hierüber wahrscheinlich noch der Kassationshof erlernen wird, auch wollen wir gar nicht behaupten, daß der Verurteilte nicht der Mörder sein konnte. Möglich ist das immer, aber er wurde ohne Beweise angeklagt und ohne Beweise verurteilt und das ist für den Juristen ein Aufschrei. Zwar mag der Schluss der Anklageschrift, in welchem aus dem Verhalten des Beschuldigten zum weiblichen Geschlechte hergeleitet wird, beim ersten Lesen den Eindruck, als ob ein geistlich-sittliches Motiv mitgespielt sollte, obschon die Fassung der Worte „arob und frech“ weniger auf Eifersucht als auf Verachtung deutet. Es ist aber der Anklage dieses Motiv nicht zu Grunde gelegt und bei der Verhandlung ausdrücklich von der Staatsanwaltschaft eliminiert worden. Aber ebensowenig wird das Motiv des Raubes herangezogen, wobei es uns unbekannt ist, ob die nötigen Erhebungen in dieser Richtung gepflogen wurden. So viel steht nach der Anklage fest, daß ein allerdings geringwertiges silbernes Kreuz geraubt oder gestohlen wurde, welches sich im Besitz des angeblichen Thäters nicht fand. Beim Angeklagten wurde demnach keines der beiden Motive angenommen. Ein wichtiges Gegenindiz, daß der Thäter allein nicht im Stande gewesen wäre, das kostliche Mädchen zu überwinden, führte zu der Anklage und Verurteilung wegen Mithschuld, ohne daß greifbare Anhaltspunkte für Mithäter gegeben waren. Wenn man also die Anklage überblickt, so hatte der Thäter kein Motiv; er war nicht in der Lage, die That allein zu verüben; die gerandeten Gegenstände waren nicht in seinem Besitze; er hat kein verbrecherisches Vorleben; es kann gegen ihn nur vorgebracht werden, daß er trotz seines Zeugens möglicherweise zur Zeit des Mordes in einem Walde war, in dem er sich nach der Anklage täglich herumtrieb. Anwesenheit am Thortore wurde nicht konstatiert, da ja zwischen einer Waldung und der Stelle des Mordes unterchieden werden muß, noch weniger von der Anwesenheit am Thortore zur Zeit der That, da die Zeit der Ermordung zweifelhaft ist, und endlich ist die Anwesenheit in einem Walde, den noch dazu Wege zu den Nachbarorten durchkreuzen, bei einem, der sich regelmäßig dort herumtrieb, ebenso wenig gravierend, als etwa die Anwesenheit eines Stadteinwohners in einer Stadt, in der ein Verbrechen begangen wurde.

Schweiz.

Bern, 28. September. Der Nationalrat beschloß mit 98 gegen 15 Stimmen auf die von seiner Finanzkommission zur Finanzierung der Kranken- und Unfallversicherung-Gesetze gemachten Sparvorschläge einzugehen. Damit ist das von der äußersten Linken vorgeschlagene Tabakmonopol abgelehnt.

Oestreich-Ungarn.

Wien, 28. September. Mehrere heutige Abendblätter nennen den ehemaligen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Gausch als für die Kabinettsbildung in Aussicht genommen. Aufhensicht liegt nicht vor.

Frankreich.

Paris, 28. September. Dem „Echo de Paris“ zufolge sagte Hauptmann Desmichels dem Dragoner-Regiment in Compigne, als er seinen Reuten den Tagesbefehl Gallicys erließ, der Minister wolle, daß wir die uns angethanen Beschimpfungen vergessen, hoffen wir, daß er verstehen werde, und künftig gegen diejenigen zu verteidigen, deren Schmähungen er bisher unbeachtet ließ; denn ich kann mir nicht vorstellen, daß Desmichels fort, daß wir gezwungen sein

folle, und selbst zu verteidigen". — Kriegsminister Gallifet ordnete auf Antrag dieser Behauptungen des Hauptmanns Desmichels über seinen Tagesbefehl an, daß eine Untersuchung gegen denselben eingeleitet werde. — Kriegsminister Gallifet richtete an Picquart ein Schreiben, in welchem es heißt, daß die auf sein (Picquart's) Ansuchen eröffnete Untersuchung nicht den leisesten Verdacht über sein Verhalten während der Zeit, da er Chef des Nachrichtenendienstes war, zulassen.

Spanien.

Osporto, 27. September. Während der letzten Tage ist die Pest mit größerer Heftigkeit aufgetreten. Vom 23. September wurden 4 Pesterkranke mit 2 Todesfällen gemeldet; am 24. erkrankten 4 und starben 2, am 25. kam eine Erkrankung vor und am 26. d. Mts. 4 Erkrankungen. Auch sind außerhalb des Militärforts und zwar in Mendanoba 10 Pesterkranke und 5 Todesfälle vorgekommen. Man hat deshalb beschlossen, den Kordon zu erweitern. —

Italien.

Die Kommunalwahlen, die seit einigen Monaten in den verschiedenen Teilen Italiens vor sich gehen, bringen immer neue Siege für die Socialdemokratie. Im ganzen hat unsere Partei bis jetzt in 158 Gemeinden 493 Sitze und außerdem 98 Mandate für die Provinzialräte errungen. In Sizilien, wo früher die socialistische Bewegung sehr weit zurück war, sind 80 Sitze in den Gemeinderäten unserer Partei zugefallen. —

Serbien.

Belgrad, 23. September. Das Standgericht verurteilte gestern wegen Majestätsbeleidigung den Professor Bedritsch zu zwei Jahren, den Professor Pawlowitsch zu drei Jahren Haft sowie zwei andere Angeklagte zu mehrjähriger Haft. Zuverlässig verlautet, der Belagerungszustand werde demnächst aufgehoben werden. —

Von einem Mitgliede des serbischen Komitees in Genf geht die Mitteilung aus, daß dieses in ganz Europa eine Agitation gegen das Urteil im Hochverratsprozeß einleiten will. Das Komitee besäße Schriftstücke, die beweisen sollen, daß der Prozeß von der serbischen Regierung seit langer Zeit vorbereitet war. —

Gesamt-Parteitag der Socialdemokratie Oesterreichs.

Wien, 27. September 1899.

Heute wurde der vierte Punkt der Tagesordnung: „Die internationale Socialdemokratie und der Nationalitätenstreit in Oesterreich“ in Angriff genommen.

Hierzu liegen zwei Resolutionen vor:

Resolution A.

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streits eines jener Mittel ist, durch welche die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder fruchtigen Aenderung hindern

erklärt der Parteitag:

Die einheitliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

Es ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen.

Die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf der Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem andern jeder bürokratisch-staatliche Centralismus, ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder perhorresziert werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Häßers nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundzüge:

1. Oesterreich kann nur ein demokratischer Nationalitätenstaat sein. (Nationalitäten - Bundesstaat.)
2. Dieser Bundesstaat gliedert sich in autonome, nationale Selbstverwaltungsgebiete, die sich möglichst den Sprachgrenzen anpassen.
3. Die Selbstverwaltungsgebiete jeder Nation bilden zusammen je eine nationale Einheit, die ihre nationalen — das heißt sprachlichen und kulturellen — Angelegenheiten völlig autonom regelt und besorgt.
4. Die nationalen Minderheiten in solchen Gebieten, die gemischt sind, werden durch ein eigenes Gesetz in ihrer nationalen Vertretung geschützt.
5. Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache, wogegen wir die schon jetzt bestehende Thatsache der deutschen Verkehrssprache, so lange eine andere nicht gegeben ist, nur als praktische Notwendigkeit ansehen, ohne daraus ein die andern Sprachen ausschließendes Privilegium erwachsen zu lassen.

Der Parteitag als das Organ der internationalen Socialdemokratie in Oesterreich spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist; er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt, daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinsten Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Nationen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgemeinschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geselligkeit führen muß.

Die Erfindung der s. d. l. a. v. i. s. e. n. socialdemokratischen Partei schlägt eine Resolution vor, die im Gegensatz zu der vorstehenden jede Identifikation des Volkes mit einem Territorium verwirft und folgende leitende Grundzüge aufstellt:

1. Oesterreich muß ein demokratischer Nationalitäten-Bundesstaat werden;
2. Jedes in Oesterreich lebende Volk ist ohne Rücksicht auf die von seinen Mitgliedern bewohnten Territorien eine autonome Gruppe, welche alle ihre nationalen (sprachlichen und kulturellen Angelegenheiten) ganz selbstständig regelt und besorgt;
3. territoriale Gebiete haben nur einen rein administrativen Charakter und sind ohne jeden Einfluß auf die nationalen Verhältnisse;
4. in Staats sind alle Sprachen vollkommen gleichberechtigt; es sind demnach alle nationalen Vorrechte, also auch jegliche Staatssprache auszuscheiden; die Notwendigkeit des gegenseitigen Verkehrs wird die freien Völker selbst anleiten, auch jene Sprachen zu erlernen, welche sie nebst der Muttersprache zum praktischen Gebrauch benötigen.

Der Parteitag spricht seine Ueberzeugung aus, daß eine Verständigung der Nationen auf Grund dieser Fundamentalsätze möglich ist.

Der Parteitag betont feierlich, daß er jeder Nation das uneingeschränkte Recht auf selbständige nationale Existenz zuerkennt.

erklärt aber zugleich, daß die Nationen nur in engem gegenseitigen Anschluß, keinesfalls aber in kleinsten Zwistigkeiten kulturell fortschreiten können. Die Arbeiterklasse aller Nationen bleibt im Interesse des Ganzen sowie im Interesse der einzelnen Teile nach wie vor auf dem Standpunkt der internationalen Vereinigung und Brüderlichkeit und wird nicht den Grundlag verlernen, daß sie ihren Kampf in geschlossener Masse führen muß.

Referent ist Redacteur

Josef Seliger-Teplitz: Es klingt wie ein Widerspruch, wenn ein Kongreß der internationalen Socialdemokratie das Problem der Nationalitätenfrage zu lösen trachten muß. Das Bürgerium hat aber seine geschichtliche Aufgabe nicht zu erfüllen gewußt. In diesem Oesterreich bleibt dem Proletariat nichts weiter übrig, als zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Wir müssen um des Proletariats willen nach einem Ausweg aus der unhaltbaren Lage suchen, in die Oesterreich geraten ist.

Nur ein Gedanke kann uns auch bei dieser Frage leiten: die Interessen des österreichischen Proletariats zu schützen. Fast ausschließlich wird der Nationalitätenkampf auf Kosten der Arbeiter geführt. Wo Blut in diesem Kampfe fließt, ist es Arbeiterblut. Durch den Nationalitätenkampf wird unser ganzes politisches Leben vom nationalen Chauvinismus beherrscht, so daß für die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Proletariats kein Raum bleibt.

Daß das Nationalitätenproblem in Oesterreich ungelöst geblieben ist, hat den Feudalen und Merkantilisten die Möglichkeit gewährt, eine Nation gegen die andere auszuspielen und so einen beherrschenden Einfluß auf die inneren Verhältnisse des Landes auszuüben. Also verlangt auch das allgemeine Kulturinteresse gebieterisch die Lösung der Nationalitätenfrage. Die Nationalitätenfrage war bisher eine Machtfrage zwischen Deutschen und Slaven.

Es handelt sich um eine Lösung des Problems nicht nur für den Staat, sondern auch für Land und Gemeinde. Ueberall muß der Grund zur Nationalitätenbegeisterung beseitigt werden. Weder deutsche Chauvinisten noch tschechische Chauvinisten wollen die Lösung des Nationalitätenproblems. In dem Augenblick, wo die Reichsgrenzen zwischen den Nationalitäten beseitigt sind, entzieht man diesen Parteien den Boden, die nie Kulturparteien sein werden. Neben diesen Parteien haben auch die Merkantilisten und Feudalen ein Interesse an der Nationalitätenbegeisterung, denn der nationale Ausgleich in Oesterreich kann sich nur auf demokratischem Wege vollziehen und bedeutet das Ende ihrer Herrschaft.

Die Arbeiter haben kein sogenanntes „österreichisches Gefühl“, es ist ihnen durch Hintertürchen ausgetrieben worden, aber wir wissen, daß wir noch manches Jahrzehnt in diesem Lande leben müssen und deshalb müssen wir nach einem Ausweg suchen, um das Zusammenleben der Völker halbwegs erträglich zu machen.

Es wäre eine Unterlassungsünde der Socialdemokratie, wollte sie sich nicht der Lösung dieser Frage widmen, die für die Lösung zugewiesen reif geworden ist.

Die Lösung der Nationalitätenfrage kann nur auf demokratischem Wege darin gefunden werden, daß jeder Nation freie Bahn für ihre Entwicklung gegeben wird. Keine Nation darf der andern in ihre nationalen Angelegenheiten hineinreden, keine Nation darf ihre Machtstellung dazu benutzen, den Entwicklungsengang einer andern Nation zu beeinträchtigen. Jeder Nation muß volles Selbstbestimmungsrecht gewährt werden. Oesterreich muß geteilt werden in Nationen, die eigenes Selbstverwaltungsgebiete haben, um ihre lediglich nationalen Angelegenheiten selbst zu regeln. Daneben sind natürlich eine ganze Reihe gemeinsamer Dinge vorhanden, die gemeinsamer Regelung bedürftig sind. Heute ist die Errichtung eines Gymnasiums, einer Schule, einer Universität ein Gegenstand des Handels zwischen Regierung und Parteien. Wird aber die Errichtung von Schulen, die die Pflege der Kunst und Wissenschaft Sache des nationalen Verwaltungsgebietes, dann beseitigen wir eine Reihe von Anlässen zur Nationalitätenbegeisterung.

Diese nationalen Selbstverwaltungsgebiete können nur auf demokratischer Grundlage errichtet werden. Die Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten muß von einem Reichsparlament erfolgen, das durch allgemeine, gleiche Wahlen zu Stande gekommen ist.

Was verstehen wir unter der nationalen Eigenart eines Volkes? Das Ergebnis seiner besonderen Kulturentwicklung. Jedem Volke soll diese kulturelle Eigenart garantiert werden, die besonders in den Erzeugnissen der Kunst zum Ausdruck gelangt. Der deutsche Arbeiter verliert an dessen doch nur deutsche Kunst. Jede Nation muß ihre sprachlichen und kulturellen Angelegenheiten durchaus autonom regeln.

Daneben muß den nationalen Minoritäten in gemischten Bezirken durch Reichsgesetze Schutz gewährt werden.

Wir wollen keine Sprache in Oesterreich ein Privilegium zukommen lassen, verfallen aber die Augen nicht vor der Thatsache, daß das Deutsche Verkehrssprache ist, das zur Verständigung der Völker untereinander am geeignetsten ist. Deutsch ist die Verständigungssprache zwischen den Nationen und Slaven, das einzig mögliche Verständigungsmittel zwischen den Nationalitäten Oesterreichs.

Was die von der Parteiverammlung vorgelegte Resolution betrifft, so wird sie wohl noch einer gründlichen Durchsicht unterzogen werden. Ich habe die Empfindung, daß sie noch nicht das letzte Wort ist, und das erwirbt meine Aufgabe als Referent. Wir sind heute nicht in der Lage, ein Bild von dem zukünftigen Staat Oesterreich, so wie wir ihn uns denken, in allen Einzelheiten zu geben. Das ist auch nicht unsere Aufgabe. Wir können nur die Richtung angeben, die Oesterreich einschlagen muß, wenn es erhalten bleiben soll. An Stelle des Nationalitätenkampfes, der die ökonomischen Gegensätze manchmal verschleiert, muß der reine Klassenkampf treten. Den Ausgleich zwischen den Nationalitäten anzustreben, ist ein Gebot des Klasseninteresses der österreichischen Arbeiterklasse. (Beifall.)

Der Korreferent K e m e r h. Fragt hervor, daß sich über die Nationalitätenfrage die Staatsmänner Oesterreichs und die bürgerlichen Politiker die Köpfe zerbrechen, sie aber nicht lösen können. Unsere Lösung kann nur so sein, wie sie den Arbeiterinteressen am meisten dient, ohne den Anspruch zu erheben, alle Schwierigkeiten zu beseitigen. Die sprachlichen Unterschiede wären keine so großen Kampfobjekte, wenn nicht wirtschaftliche Unterschiede den Untergrund der nationalen Kämpfe bildeten.

In einem deutschen Parteiblatte hat die Infamtion gestanden, daß wir tschechischen Socialdemokraten mit den Jungtschechen Verständigungspunkte hätten. Das ist nicht der Fall. Durch ihre Erklärung gegen das böhmische Staatsrecht im Parlament haben die tschechischen Socialdemokraten das Misverständnis zwischen sich und den Jungtschechen endgültig zertrümmert. Sie haben keinen Begriff, wie roh und gewaltthätig die junge emporstrebende tschechische Bourgeoisie gegen uns vorgeht. Wir werden von ihr Verräter genannt, wir sollen ihr in den Arm fallen, wenn sie sich an die Stelle der deutschen Bourgeoisie setzen will. Und auch praktisch haben wir Stellung genommen. Bei den Demonstrationen im Jahre 1897 zu Prag herrschte in den Bezirken, wo die Massen unserer Anhänger sitzen, völlige Ruhe, während überall sonst Polizei und Militär nicht mächtig genug waren, die Unwirthschaft des nationalen Chauvinismus zu verhindern. Wir sind also ebenso gute Socialdemokraten, wie die anderen.

Was nun die Resolution der Gesamtelegante anlangt — die Resolution der Schläfen unterscheidet sich nicht wesentlich von ihr (Widerspruch) — so zerfällt sie in einen theoretischen und einen praktischen Teil. Der theoretische Teil ist durchaus anticentralistisch und wir sind mit ihm vollkommen einverstanden. Der praktische Teil aber ist noch centralistischer als der jetzt herrschende österreichische Centralismus. (Widerspruch.) Heute haben die Länder doch Selbstverwaltung in finanzieller Beziehung. Im praktischen Teil der Resolution aber ist nur von Selbstverwaltungsgebieten in nationaler und kultureller Hinsicht die Rede, in finanzieller Beziehung aber herrscht die Einheit. Dadurch wird der Centralismus nicht beseitigt, sondern gestärkt.

Weiter wollen Sie dem Bureaukratismus den Stragen umdrehen; im fünften Punkt der Resolution aber ist vom Deutschen als des

Verkehrssprache die Rede. Was heißt Verkehrssprache? Doch wohl die Sprache, der sich auch sämtliche Behörden bedienen sollen. Damit würde eine österreichische Bureaukratie groß gezogen werden, die noch ärger wäre, als die heutige.

Wohl heißt es in der Resolution, alles solle auf demokratischer Grundlage aufgebaut werden. Dann müssen wir aber zunächst erst die Demokratie erreichen und brauchen uns jetzt nicht über solche Sachen schlüssig zu werden.

Wir beantragen daher an Stelle der fünf praktischen Postulate der Resolution folgenden allgemeinen Satz zu stellen:

„Oesterreich kann nur bestehen als demokratischer Nationalitätenstaat, aufgebaut auf den Principien echter Gleichberechtigung. Die nationalen Minoritäten sind in ihren nationalen Bestrebungen und Bedürfnissen durch ein besonderes Reichsgesetz zu schützen.“

Wir halten es für richtig, auch in finanzieller Beziehung durch- aus autonome Gebiete zu schaffen, sonst entsteht ja immer die Frage: wer soll zahlen, und damit neue Streitpunkte.

Wir brauchen uns bei dieser Debatte nicht zu ereifern. Wenn heute etwas beschlossen würde ohne Zustimmung der andern, so würde das erbittern und verstimmen. Wir werden schon einen gemeinschaftlichen Weg finden. Das kann aber nur durch Kompromisse, durch gegenseitige Anpassung geschehen. Ich schlage daher eine Kommission vor, die auf Grundlage der Resolution der Gesamtelegante eine gemeinsame Resolution abfaßt, die uns als Richtschnur dienen kann. (Beifall.)

H ä b e r - W i e n beantragt, diese Kommission sofort und ohne weitere Debatte einzusetzen.

Dr. A d l e r: Der Kommission muß zunächst durch unsere Verhandlungen, durch eine Art Generaldebatte, Material geliefert werden.

Der Antrag Häber wird abgelehnt.

Es folgte nunmehr eine längere Diskussion, über die wir in der nächsten Nummer ausführlich berichten werden. Zum Schluß wurde eine Kommission gebildet, der die Resolutionen zur Beratung überwiesen wurden.

W i e n, den 28. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Parteitag gelangte heute zu einer völligen Einigung in der Nationalitätenfrage. Die Kommission berichtete über das Ergebnis ihrer Verhandlungen. Sie gelangte zu einstimmiger Anerkennung der Grundgedanken der von der Gesamtelegante vorgelegten Resolution A. Den Punkten eins bis vier des zweiten Teiles dieser Resolution gab sie eine etwas präzisere Fassung, erklärte sich aber dagegen, daß das Deutsche als Verkehrssprache bezeichnet wird. Die Verkehrssprache soll vielmehr vom Reichsparlament festgesetzt werden.

Die so abgeänderte Resolution wurde darauf debattelos einstimmig angenommen unter einer begrenzten Demonstration für die internationale Socialdemokratie.

Parteifragen im „Vorwärts“.

Genossin Eugenburg sendet uns im Anschluß an den Schriftwechsel in unserer Nummer vom 24. d. M. nachfolgende „Schlußantwort“ unter der Aufschrift „Demokratie in der Deuthstraße“:

Nach der zweiten Kapit des „Vorwärts“ können wir uns nur auf einige Bemerkungen beschränken.

1. Der „Vorwärts“ versteht nicht, worin er denn seinen Pflichten weniger nachgekommen sei, wie andere Parteiblatte, z. B. die „Leipz. Volkszeitg.“, die „nur“ ihre Zustimmung zu meinen Artikeln in der Bernstein-Frage ausgedrückt habe. Er, der „Vorwärts“, habe ja seinerseits die Artikel von Kautsky gebracht! Also der „Vorwärts“ erklärt damit den Kautsky'schen Standpunkt für den seinen?!

Ja, warum haben's die Biederer nicht früher gesagt? Wir stehen ja gleichfalls mißsam der Waffe der Partei auf dem Kautsky'schen Standpunkt! Wir wären somit Bundesgenossen? Es war also wieder nur so ein verflüchtigtes Mißverständnis!

Aber wie erklärt sich denn der „Vorwärts“-Artikel „Eitle Hoffnungen“, wo der von Kautsky in demselben „Vorwärts“ nachgewiesene Unfall Bernstein als eine „lächerliche“ Einbildung von freisinnigen Wiederräumern erklärt wurde?

Der „Vorwärts“ ist eben in der glücklichen Lage, nie Gefahr laufen zu müssen, eine falsche Meinung zu haben oder seine Meinung zu wechseln — eine Sünde, der er bei andern nachspürt — aus einem höchst einfachen Grunde: weil er nie eine Meinung hat. Dies sichert ihm übrigens eine große Ueberlegenheit nicht nur über die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“, wie er zu meinen scheint, sondern auch über manche Freunde in seiner nächsten Nähe, so z. B. über seinen spiritus rector Genossen K u e r (vergl. Kuer in Erfurt und Kuer in Stuttgart), über seinen ersten Mitarbeiter Genossen S c h i p p e l usw. Bei diesen enttrifft sich übrigens der „Vorwärts“ über den Meinungswechsel nicht, — vielmehr, weil dieser gerade in einem Unfall zum Opportunismus besteht. . . .

2. Der „Vorwärts“ irrt sich, wenn er meint, die „Vorwärts“-Debatten auf den Parteitag seien und unbekannt. Wir haben sie auf's aufmerksamste verfolgt, um nachträglich zu sehen, wie der „Vorwärts“ von der „großen Arme der Parteigenossen“ — der er so gut gebietet zu haben glaubt — geliebt wurde.

Wir haben aus diesen Parteitagdebatten nur den einen Eindruck gewinnen können: die Redacture des „Vorwärts“ werden allerdings nie in der Weise die Redaktion verlassen, wie wir es in Dresden gethan haben, d. h. — aus eigenem freien Willen. Es giebt nämlich zweierlei organische Lebewesen: solche, die ein Maßgrat haben und deshalb auch gehen, zuweilen sogar laufen. Es giebt andere, die keines haben, deshalb nur kriechen und — leben. . . . Daß ihnen die Notwendigkeit zu gehen „tragikomisch“ vorkommen müßte, glauben wir schon. . . .

3. Koch ein Mißverständnis müssen wir zum Schluß gerstreuen — diesmal ein wirkliches.

Es ist nämlich bloß ein Mißverständnis, wenn die Redacture des „Vorwärts“ der angenehmen Einbildung leben, ihre heutige Wirklichkeit sei ein legitimes Kind der Demokratie. Ihre Abstammung ist thatsächlich eine viel weniger schmeichele, denn nicht der Demokratie, sondern bloß einer unglücklichen Verleitung totaler Umstände verdanken wir die jetzige Redaktionsführung des Centralorgans.

Indem die Partei ihr leitendes Organ dem Genossen Liebknecht anvertraute, einem Manne mit glänzender Feder, dessen Geschichte die der Partei, dessen politische Ueberzeugung die der großen Masse der Partei ist, wollte sie ein Centralorgan haben, das seiner Richtung und seinem Talent entsprach.

Leider ist aber Genosse Liebknecht viel mehr als nur ein Chefredacteur und wird von seinen Pflichten als Reichstags-Abgeordneter, als der beliebteste Agitator, endlich von seinen internationalen Pflichten so in Anspruch genommen, daß die Redaktionsführung thatsächlich in die Hände einer anonymen Gesellschaft ohne Talent, Meinung und Vergangenheit geraten ist, von deren Bestem sich nur sagen läßt, daß die Welt von seiner socialistischen Gesinnung genau in der Stunde erfahren hat, als eine Redactur-Stelle im „Vorwärts“ vakant wurde. Wäre dies nicht der Fall, so müßte Genosse Liebknecht, um den schnellsten Wunsch „der großen Arme der Parteigenossen“ zu erfüllen, einen großen Befehl nehmen, die ganze Redaktion so gründlich aufzuregen, daß der Staub fliegt, und einmal eine wirklich Chefredaction durchzuführen. Wir können aber den alten Liebknecht noch weniger auf den andern Posten entbehren, und so erweist sich die Demokratie in der Deuthstraße leider einer anarchischen Selbständigkeit.

Dies alles sagen wir nicht etwa, um den „Vorwärts“ zu täuschen oder jemand zu erregen, sondern nur um handgreiflich zu zeigen, daß die Redaktion des „Vorwärts“ sich gründlich irrt, wenn sie glaubt, irgend jemand in der Partei zu beschreiben, und daß es notwendig ist, daß der kommende Parteitag wenigstens seinerseits zur Besserung der traurigen Lage thut, was sich unter den gegebenen Verhältnissen thun läßt.

Damit schließen wir unsererseits die Diskussion. Berlin-Friedenau. Rosa Eugenburg.

Genossin Luzemburg ist im vorstehenden Schreiben das Opfer eines ehernden Mißverständnisses geworden, das schon in ihrem früheren Brief („B.“ vom 24. September) zum Ausdruck kam, von mir aber damals nicht bemerkt wurde. Der Leitartikel „Eitle Hoffnungen“ im „Vorwärts“ vom 28. März d. J. rühmt nämlich nicht von einem meiner Kollegen her, gegen welche Genossin Luzemburg die Rolle der Kapitalkrämerin übernommen hat, sondern von mir selbst. Der Artikel enthält kein Wort zur Verteidigung Bernsteins und richtet nur seinen Spott, wie der Titel besagt, gegen die Bourgeoisblätter, die Bernstein als den Jhrigen begrüßen. Daß Bernstein sich auch in seiner Schrift für die „Umwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum“ und für die genossenschaftliche (socialistische) Organisation der Produktion“ ausgesprochen hat, wird die Genossin Luzemburg nicht bestreiten können. Hat er sich ja sogar für den „Klassenkampf“ erklärt.

Wenn ich dies in jenem Artikel hervorhob, um die Gedankenlosigkeit unserer Gegner zu kennzeichnen, so habe ich damit nichts gesagt, was meinem bekannnten Urteil über die Bernsteinsche Schrift irgend zuwiderläufe. Dieselbe wimmelt eben von Widersprüchen; sie wirft in ihrer unwissenschaftlichen Art der Behandlung alles wie Kraut und Rüben durcheinander, und bringt neben den unsocialistischen Ausführungen, welche in der Partei so lebhaft Opposition hervorgerufen haben, auch manches Unanfechtbare, wenn auch nicht Neue.

An dem, was die Genossin Luzemburg über die Redaktionsverhältnisse des „Vorwärts“ sagt, ist nur so viel richtig, daß in Bezug auf die schwebenden Parteifragen die Redacteure nicht immer der gleichen Auffassung sind. Hierin liegt unzweifelhaft eine Schwierigkeit. So lange jedoch nicht ein Radikalmittel gefunden ist, welches verfährt, daß in allen Fragen nur Gleichdenkende in unseren Parteiblättern thätig sind, oder so lange nicht bestimmt wird, daß die Minderheit einfach majorisiert wird, muß ebenso ein Ausgleich gesucht werden, wie innerhalb der Partei selbst bei streitigen Einzelfragen; das ist die Pflicht vernünftiger Menschen, die in der Hauptsache das Gleiche wollen. Daß es mit einer Redaktionsdiktatur nicht geht, das sollte Genossin Luzemburg doch aus eigener Erfahrung wissen.

Ich würde fürchten, meine Kollegen zu beleidigen, wenn ich sie gegen die niedrigen Angriffe der Genossin Luzemburg verteidigen wollte. Ebenso erübrigt es sich, die phantastischen, auf völliger Unkenntnis der Redaktionsverhältnisse beruhenden Auspielungen über spiritus rector, ersten Mitarbeiter etc. einer besonderen Widerlegung zu würdigen.

Ihm Schluß sei noch bemerkt, daß die Antworten auf die Auslassungen des Fräulein Luzemburg einstimmige Meinung der Redaktion waren. W. Liebknecht.

Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik.

Dreslau, den 27. September 1899.

Zu der Diskussion über das Thema

Entwicklungsbedingungen in Detailhandel

pricht zunächst der Stadtverordnete Kaiser-Vreslau, der Vorsitzende des dortigen Vereins der Detailisten, in sehr lebhafter Weise gegen die Warenhäuser und Konsumvereine. Seine auf dem Niveau einer Mittelstands-Agitationsrede stehenden Ausführungen erregen durch ihre oft drastischen, und auch recht unfaßlichen Wendungen die Heiterkeit der Versammlung. Der Breslauer Konsumverein, der als eingetragene Genossenschaft steuerfrei ist, habe viele hunderte Mittelstandsgeltingen vernichtet. Redner will den Konsumvereinen die Verteilung von Dividenden verbieten; für die Warenhäuser verlangt er eine hohe Umsatzsteuer, vielleicht in Verbindung mit einer progressiven Verbrauchsteuer.

Der nächste Diskussionsredner Rechtsanwalt Dr. Reschel, so hieß er, stellt zunächst die Frage: Sind ausreichende Gründe vorhanden, ein Einschreiten der Gesetzgebung herbei zu führen? Beweispflichtig dafür seien diejenigen, die das notwendige Uebel der Gesetzgebung vermehren wollen. Die Frage sei zu verneinen — das Kollektiv einer Reihe von Gewerbetreibenden beweise nichts. Wirtschaftlich notleidende Geschäftsleute werden stets objektive Ursachen für ihren Zusammenbruch angeben, die unabhängig von ihren persönlichen Verhältnissen einwirken. In Hamburg hat nach der Cholera eine große Zahl von kleinen Gewerbetreibenden die Zahlungen mit der Behauptung eingestellt, die Cholera sei die Ursache ihres Ruins. Es konnte in sehr zahlreichen Fällen nachgewiesen werden, daß schon vorher Uebererschuldung vorhanden war. Die Statistik widerlegt das Bestehen eines Notstandes der kleinen Gewerbetreibenden. Die Statistik in den 14 größten Städten Deutschlands sind in den letzten 6 Monaten erheblich zurückgegangen. Man sagt, die Unreueität der Warenhäuser erfordere das gesetzliche Einschreiten und führt hier für diese Unreueität zwei Fälle an. Die Redacteure, welche seiner Zeit diese selben Fälle veröffentlichten, sind wegen Verleumdung bestraft worden. (Hört!) Es steht fest, daß je größer ein Betrieb ist, umso mehr die Öffentlichkeit und die große Zahl der Angestellten einen Schutz gegen Unreueität bilden. Unbegreiflich ist auch die Behauptung, die Lage der Angestellten in den großen Warenhäusern sei sehr unbefriedigend. Es steht fest, daß die Lage der Handlungsangestellten um so schlechter ist, je kleiner der Geschäftsbetrieb ist. Redner schildert eingehend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten in dem größten deutschen Warenhaus. Man spricht vom „alten soliden Handel“. Im Einzelhandel zu Vergleichen zeigt man noch die alten Gewichte, die für den Einkauf und die für den Verkauf und dazu die Anweisung an die Lehrlinge, ja niemals diese beiden verschiedenen Gewichtsorten zu verwechseln. (Heiterkeit.) Unreue Händler hat es auch früher gegeben und wird es auch weiter geben. In den Kreisen der Interessenten des Kleinhandels gehen die Meinungen über die Mittel zur Abhilfe weit auseinander. Vor allem aber fehlt der Nachweis, daß überhaupt der Kleinhandel im Niedergang begriffen ist. (Beifall.)

Professor Dr. Diersdorff-Jena erkennt an, daß die Konsumvereine neben großen Vorteilen auch manche Nachteile aufweisen, so u. a. die demokratische Verfassung, welche oft eine straffe Leitung unmöglich macht. Die Vorteile aber sind so große, daß die Entwicklung dieser Vereine nicht mehr aufzuhalten ist. Ein Dividendenverbot würde bei der großen Mitgliederzahl der Vereine nicht allzu sehr die Entwicklung beeinträchtigen. Der Steuerfreiheit der Konsumvereine will Redner nicht das Wort reden. Den gemeinschaftlichen Einkauf zu besteuern, wäre dagegen eine Ungerechtheit. Eine Schädigung der Konsumvereine bedeutet eine Schädigung der Arbeiterschaft und deshalb ist eine solche Steuer durchaus verwerflich. (Beifall.)

Vergat Kolbein-Vreslau: Am meisten leiden unter der Existenz der Warenhäuser nicht die Konkurrenten, sondern die Handelskammern (Heiterkeit), die als Vertreter von Handel und Gewerbe mit der Erörterung dieser Frage unangehört beschäftigt werden. Der Staat ist nicht verpflichtet, Kleinhandler gegen Großhändler zu schützen. Sonst könnten auch die Socialisten kommen und eine Grundsteuer verlangen, die den Großgrundbesitz um möglich machen oder eine Vermögenssteuer, die jede Bildung großer Vermögen verhindert. Die Entwicklung ist nicht zu hindern, eine gerechtere Steuerverteilung sei aber wünschenswert. Weitere Ausbildung sei die Hauptsache für den Detailisten. Das Heil liegt nicht in der Staatshilfe, sondern in der Selbsthilfe. (Beifall.)

Oberbürgermeister Wender-Vreslau sind selbständige Existenzen auch lieber als Angestellte, aber etwas anderes ist es doch, einen Starren künstlich schwach zu machen, um dadurch solche selbständige Existenzen zu schaffen. Es wäre gut, wenn der Verein für Socialpolitik für diese Frage, in der noch viel mit Gefühlen operiert wird, ausreichendes Material sammelt. Die bairische

Umsatzsteuer

ist ganz verfehlt, sie setzt in der That eine Strafe auf die Intelligenz. In einer mittelalterlichen Urkunde vom Jahre 1629 aus Thorn fand Redner folgende, offenbar aus dem bairischen Gesetz abgeleitete Stelle (Große Heiterkeit): „Dem Handwerksmeister

soß etwas Neues erdenken oder erfinden und dasselbe gebrauchen, sondern jeder soll aus bürgerlicher und brüderlicher Liebe seinen Nächsten folgen und sein Handwerk ohne des Nächsten Schaden treiben.“ In einer solchen Lösung der Frage können wir kommen, wenn wir den Wegen des Herrn Kaiser folgen. (Beifall.)

Der Vorsitzende, Geheimrat Professor Gierke, erklärt, daß der Verein für Socialpolitik eine vom Vordredner angeregte Enquete über die hier verhandelten Fragen veranstalten werde. Kaufmann Haber-Vreslau tritt den Ausführungen Kaisers vom Standpunkte des praktischen Geschäftsmannes entschieden entgegen.

Direktor Wittelschüler-Wien hebt als besonderen

Vorteil der Warenhäuser und Konsumvereine die Beschränkung des Kreditwesens hervor. Die Mittelstands-Bewegung verwechselt zwei Dinge: Die Rücksicht auf Personen und die Schonung rückständiger Betriebsformen. Wir wollen den Personen die Möglichkeit schaffen, in andere Berufe zu kommen, aber wir wollen nicht überwindene Betriebsformen künstlich aufrecht erhalten. (Beifall.)

Stadtverordneter Sombart-Magdeburg: Die großen Warenhäuser zeigen eine Entwicklung zum kollektivistischen Betriebe. Wer auf dem Standpunkt steht, daß es mit der individualistischen Wirtschaftsordnung bald vorbei ist, der mag eine solche Entwicklung begrüßen, wer aber die kapitalistische Wirtschaftsform so lange wie möglich erhalten will, der muß versuchen, die Entwicklung in Detailhandel zu hemmen. Redner weist auf die Möglichkeit hin, die Konzeptionspflicht für Warenhäuser einzuführen. Die Konzeption hätten die Handelskammern zu erteilen. (Widerspruch.)

Professor Fuchs-Freiburg meint, daß durch die Warenhäuser sehr viel minderwertige Ware verbreitet werde. Gegen eine Sonderbesteuerung erklärt sich jedoch auch dieser Redner. Die Diskussion ist damit erschöpft und es folgen die

Schlussworte.

Professor Sombart-Vreslau geht noch einmal auf alle die Einwendungen gegen Konsumvereine und Warenhäuser in oft sehr humoristischer Weise ein. Er resumiert sich dahin, daß bei der Debatte eigentlich gar nichts herausgekommen sei. (Heiterkeit.) Er schließt mit dem Satze, daß alles Streben nach Gerechtigkeit und Gerechtigkeit nichts nütze, wenn man damit ökonomisch rückständige Betriebsformen künstlich erhalten wolle. Die rückständigen Betriebsformen wären unrettbar verloren, wenn sie sich nicht der Entwicklung des modernen Handels anpassen können.

Der Vorsitzende, Geh. Rat Gierke, stellt in seinem Resumee dar, daß die praktischen Ergebnisse der Debatte gleich Null seien. Die Vorschläge z. B. über Steuern würden wohl sämtlich gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt worden sein, wenn der Verein eine Abstimmung beliebt haben würde. Er geht dann auf einige Auseinandersetzungen in dem Vortrag Sombarts ein und bekämpft dessen materialistische Gesichtsauffassung. Gerade der Verein für Socialpolitik habe es sich stets zur Aufgabe gestellt, Schichten, die vom Strome der Entwicklung fortgerissen, zu verorten und drohten, den Rettungsanker zu reichen. Nach Herrn Sombarts Auffassung müßte eigentlich jede Socialpolitik überflüssig sein.

Personlich bemerkt Professor Sombart, daß ihn Professor Gierke in all und jedem Punkte mißverstanden habe.

Prof. Gierke erwidert, daß sei eine Behauptung Sombarts, für die er den Beweis noch erwarte.

Prof. Sombart verweist auf das demnächst erscheinende Stenogramm seiner Ausführungen.

Geh. Rat Schmöller schließt den Kongress mit einem Dank an die Stadt Vreslau. Die Verhandlungen würden wohl alle Teilnehmer sehr befriedigt haben. Besonderer Dank gebühre Herrn Sombart, dessen Vortrag schlechtweg glänzend gewesen sei. Er sei stolz, Herrn Sombart zu seinen Schülern rechnen zu dürfen (Beifall). Wenn er auch in der Frage der materialistischen Gesichtsauffassung einen diametral entgegengesetzten Standpunkt vertreten. (Beifall.)

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitag nahm eine Parteiverammlung in Flensburg statt. In derselben wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Parteiverammlung erklärt, daß trotz der verschiedenen Anregungen keine Gründe vorhanden sind, den grundlegenden Teil des socialdemokratischen Programms einer Aenderung zu unterziehen.

Die Partei hat, auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, weiter ihr Endziel im Auge zu behalten, die politische Situation zu Gunsten der Arbeiterklasse auszunutzen, an allen praktischen Aufgaben auf den Gebieten des öffentlichen Lebens mitzuwirken, selbstverständlich ohne Verleugnung unserer prinzipiellen Grundzüge. Dasjenige, was von den Vorschlägen Bernsteins zu verwenden ist, wird bereits jetzt schon innerhalb der Partei praktisch befolgt. Bernstein konnte dies auch nur schreiben, weil er den Zusammenhang mit der deutschen Partei leider verloren hat und die Verhältnisse in unserem Vaterlande nicht mehr durchschauen kann. Die Versammlung erkennt die Zugehörigkeit des Genossen Bernstein zur Partei nach wie vor an.

Bezüglich des Militarismus fordert die Versammlung, daß der Parteitag an dem Punkt 3 unseres Programms festhält.

In Elberfeld sprach Genosse Gewehr über den Parteitag. Zum Schluß legte Gewehr folgende Anträge der Versammlung vor: Die Parteiverammlung sieht in dem Buch des Genossen Bernstein eine anerkennenswerte Anregung zur Diskussion über die Grundanschauungen der Partei und zur unerlässlichen praktischen Verhärtung derselben. Die Versammlung ist aber der Ansicht, daß Bernstein sich in seinem Vortrage von dem grundsätzlichen Boden, auf dem die Socialdemokratie steht, entfernt hat, weshalb die von ihm empfohlene Taktik zurückgewiesen werden muß. Die Socialdemokratie muß an ihrem Charakter als revolutionäre Kampfpartei festhalten und damit auch an ihrer bewährten, im Einklang mit dem ersten Teil des Programms stehenden Taktik. Im Interesse eines geschlossenen Auftretens des kämpfenden Proletariats erwartet die Versammlung, daß der Parteitag 1. die Stellung der Partei zu den Bernsteinschen Darlegungen präzisiert, 2. Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, der Frage einer Gesamtanfrage der Marxisten Schriften näher zu treten. — Dr. Voltmann stellte folgende Anträge: 1. Der Parteitag möge über die Bedeutung der Arbeiter-Konsumgenossenschaften für den Klassenkampf diskutieren und eventuell beschließen. 2. Der Parteitag möge eine Kommission wählen, welche eine Revision des Programms vorzunehmen und dem nächsten Parteitage Vorschläge zu machen hat. 3. Der Parteitag möge jedem Versuch entgegenzutreten, Bernstein politisch oder literarisch in der Partei fikt zu stellen. — Bei der Abstimmung wurden die für Revision eintretenden Anträge Gewehr, der erste gegen zwei Stimmen, der zweite einstimmig angenommen. Dr. Voltmann zog dann den Antrag über Revision des Programms zurück, die beiden anderen Anträge Voltmanns (Arbeiter-Konsum-Genossenschaften und formelle Beibehaltung Bernsteins) werden angenommen.

Aus der Parteipresse. Aus der Redaktion der Königsberger „Volktribüne“ tritt am 1. Oktober Genosse Otto Braun aus, in der er seit 1895 thätig ist. Sein Nachfolger ist Genosse Hermann Haber-Vreslau.

Totenliste der Partei. Siehe, 27. September. In dem benachbarten, zum Wahlkreise Wehlar gehörigen Orte Waunsbach ist in der Nacht zum Montag der Parteigenosse Ludwig Winter von einem auswärtigen Messerhieb erstickt worden. Im Ort war Reichweiser und Winter, der Tigarenmacher war, verhaftet. Reichweiser hatte mit zwei anderen Keilern Streit bekommen und stieß den nichtahnenden Winter, als dieser aus dem Garten in die Wirtshaus trat, das Messer in den Hals. Unser unglücklicher Genosse brach sofort tot zusammen. Er hinterläßt Frau

und zwei Kinder. Winter war seit langen Jahren für die Partei thätig und allgemein beliebt. Ein gutes Andenken ist ihm gesichert. — Der Mörder ist verhaftet worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Formier! In der Gießerei von Schwidlinski, Manteuffelstr. 29, haben die Formier und Gießerarbeiten die Arbeit eingestellt. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Achtung, Holzbläuer! Wegen Nichtbewilligung der geforderten Forderungen sind Kollegen folgender Werkstätten in den Ausstand getreten: Thum, Brunnstr. 35; Krudt, Neue Königstr. 10 (arbeitet für Brunsow); Vogel, Niddorf, Anseebest. 115; Varg, Friedrichsbergerstr. 10; Veyer, Geigerstr. 7; Veth, Memelerstr. 81; Brunsow, Neue Königstr. 15; Schulz, Ziegelstr. 30; Jacquemin, Alte Jakobstr. 88; Kirchner, Adalbertstr. 42; Griz, Ballisadenstr. 57; Kramer, Kappensstr. 60; Solow, Niddorf, Wallerstr. 29; Schoy, Mariannenstraße; Brandenburg, Wilhelmstr. 124; Geiger, Kottbusser Damm 95; Reumann, Manteuffelstr. 22; Höfe, Lindenstr. 98.

Es wird ersucht, diese Werkstätten streng zu meiden. Meldungen, auch der Firmen, welche bewilligt haben, sind umgehend an die Lohnkommission, Köpckeplatz 62 (Restaurant Spielberg, Telephon Amt VII Nr. 9932), in der Zeit von 9—1 und 3—7 Uhr zu richten.

Die organisierten Holzarbeiter werden ersucht, die in ihren Geschäften arbeitenden Bildhauer auf die Forderungen aufmerksam zu machen. Die Lohnkommission.

Für die Rabattpanner sind nach wie vor die folgenden Firmen gesperrt: Schulz-Charlottenburg, Sillwe u. Wogenmecht, Günther und Sollweil. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Leipziger Rahmenträger ist nach dreitägiger Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Ein Schiedsgericht der Nordhäuser Wälder-Jungung wird von den dortigen Arbeitern viel belacht. Der Besitze H. hatte sich bei seinem Meister bewahrt, daß fortwährend keine für den Vadosen bestimmten Kohlen vom Dienstmädchen zum Teil in der Küche verbraucht würden. Hierüber entspann sich ein Wortwechsel, der zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses führte. Am Donnerstag trat nun ein „Jungungs-Schiedsgericht“ zusammen, bestehend aus 30 Meistern (1) und 7 Gehilfen (2), welches beschloß, den Wäldern auf ein halbes Jahr in Acht und Bann zu thun, so daß er bei keinem Meister Arbeit finden darf.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Krise in Oestreich.

Wien, 28. September. (B. V.) Die in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist Baron Gausch mit der Bildung eines neuen, allen Parteien genehmen Ministeriums vom Kaiser bereits betraut worden. Gausch hat auch schon die dazu passenden Mitarbeiter gefunden, so daß die Veröffentlichung der neuen Ministerliste antilagerlich in aller nächster Zeit erfolgen dürfte. Die Männer der Opposition, des Vollen und Junggehehen-Klubs Bilinski, Dr. Engl, Baron Dipauli und Jaworski sind zum Kaiser zur Audienz befohlen.

Wien, 28. September. (B. V.) Der Kaiser empfing heute nachmittag den Finanzminister Kaiser, den Handelsminister Baron Dipauli sowie den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Dr. v. Fuchs, und die Abgeordneten Ritter v. Jaworski, Bilinski, Dr. Rathrein und Engel.

Transvaalfrage.

London, 28. September. (B. V.) Der Handelsminister Ritchie hielt heute nachmittag auf dem Bankett des Sheriffs von London eine Rede, in welcher er sagte, wenn er das Parlament einberufen werde, so hoffe er, daß diese die Politik unterstützen werde, welche die Regierung in Südafrika einzuschlagen gezwungen wurde. Ritchie leugnete ferner, daß es im Kabinett zwei Parteien, nämlich eine Kriegs- und eine Friedenspartei gebe, das ganze Kabinett sei vielmehr für die Aufrechterhaltung des Friedens. Das Gedeihen Südafrikas hänge jedoch davon ab, daß die Weihen in Transvaal gleiche Rechte haben. Die britische Regierung wolle durchaus nicht die Unabhängigkeit Transvaals, soweit es sich um die inneren Angelegenheiten handele, antastet, wenn aber eine friedliche Regelung der in Frage stehenden Angelegenheit sich nicht erreichen lasse, würde Präsident Krüger für den Ausbruch des Krieges die Verantwortlichkeit tragen.

London, 28. September. (B. V.) Dem Reuterschen Bureau wird vom heutigen Tage aus Gibraltar gemeldet: Das zweite Bataillon der Garde-Grenadiere hatte sich heute auf der „Reedie“ eingeschifft, um nach England zu fahren, als ein Telegramm eintraf mit dem Befehl für das Bataillon, sich nach Südafrika zu begeben. Die Truppen werden morgen dahin abfahren.

Dundee, 28. September. (B. V.) In einer Rede, welche der Erste Lord des Schatzes Valfour heute nachmittag hier hielt, erklärte derselbe, die englische Regierung habe sich lange Zeit bemüht, eine friedliche und ehrenvolle Lösung der Schwierigkeiten in Südafrika herbeizuführen. Wenn eine ehrenvolle Lösung auf friedlichem Wege nicht sollte erfolgen können, so solle dies anderen zur Last nicht der englischen Regierung. Er könne nicht sagen, daß er jede Hoffnung aufgabe, aber er spreche heute in einer ganz anderen Tonart, als er vor einem Monat oder selbst vor vierzehn Tagen angewendet haben würde. Man sei auf dem Punkt angelangt, wo diejenigen, welche die Verantwortung für die Politik Transvaals trügen, sich weigerten nachzugeben und wo England selbst weder nachgeben könne, noch wolle, weil die Interessen Südafrikas und der Civilisation sowie die nationale Ehre ihm dies unmöglich machten.

Lülfeldorf, 28. Septbr. (B. V.) Zu Ehren des Ministers Freiherrn v. Rheinbaben fand heute nachmittag in der Lülfeldorfer „Lomballe“ ein Abschiedessen statt. Unter den nahezu 1000 Teilnehmern befanden sich Oberpräsident Kossig, Generaloberst Briber von Los und die Epigen der Civil- und Militärbehörden. Oberbürgermeister Warg feierte in längerer Rede den Scheidenden, wobei er besonders die Objektivität und den Gerechtigkeitssinn rühmte, welche derselbe jederzeit gegen jedermann beibehalten habe.

Wien, 28. Septemb. (B. V.) Untersuchungsprofessor Dr. Puschmann ist gestorben.

Widapeß, 28. September. (B. V.) Die beiden Häuser des Reichstages hielten heute ihre erste Sitzung nach den Sommerferien ab.

Paris, 28. September. (B. V.) Nach Meldungen aus Caracas ist dort ein Versuch gemacht worden, das Ministerium des Auswärtigen mittels Bomben in die Luft zu sprengen.

Madrid, 28. September. (B. V.) In sich im heutigen Ministerrat die Unmöglichkeit herzustellen, zwischen dem Kriegsminister und dem Finanzminister eine Einigung bezüglich des Ausgabebudgets herbeizuführen, so ist eine Ministerkrise ausgebrochen. Silveira wird sich morgen nach San Sebastian begeben, um der Königin-Regentin die Demission des gesamten Kabinetts zu überreichen.

Warschau, 28. September. (B. V.) General Onoprienko, der Besitze des Generalgouvernements der Weichselprovinzen, ist unverhofft seines Amtes enthoben worden. Der Grund für diese Maßregelung wird darin erklärt, daß der General in der Citadella untergebrachten polnischen Gefangenen hier selbst nicht streng genug behandelt lieh.

Bading in Berlin. Gierza 2 Bellagen und Unterhaltungsblatt.

Kommunales.

Stadtvorordneten - Versammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 28. September, nachmittags 5 Uhr.

Vor Beginn der Plenarsitzung haben die Abteilungen 4 Ausschüsse zu wählen. Es werden u. a. in den Ausschuss für die Frage der Krankenversicherung der Heimarbeiter auch die Stadtv. Borgmann und Gruns, in den Ausschuss für den Antrag Singer, betreffend die gewerbliche Beschäftigung von Schülern, Stadtv. Singer und Tollsdorf, in den Ausschuss für die Vorlage wegen Aufnahme einer neuen Straße — Verlängerung der Lübeckerstraße bis zur Spree — in den Bebauungsplan Stadtv. Wernau entsenden.

Die Mandatsüberlegung des Stadtv. Dr. Bergmann macht die Reubefragung mehrerer Stellen in der Verwaltung erforderlich. Es werden gewählt in die Arbeitshausverwaltung Stadtv. Kluth, in die Waisenverwaltung Stadtv. Nischelet. Die Ersatzwahlen für die Deputation für die Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege und für die Parkdeputation, zu welcher mehrfache Meldungen vorliegen, sollen in der nächsten Sitzung stattfinden.

Auf der Tagesordnung der geheimen Sitzung steht als letzter Gegenstand der Antrag sämtlicher Fraktionen auf Gewährung einer Entschädigung von 12000 M. für den Bürgermeister Kirchner.

Stadtv. Meyer stellt den Antrag, den Gegenstand als ersten in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Stadtv. Meyer: Alle Gründe, welche sonst für Verhandlung in geheimer Sitzung sprachen, treffen hier nicht zu. Es handelt sich hier um eine Anerkennung der umfassenden Leistungen und eminenten Verdienste des Bürgermeisters, um die Führung der Geschäfte seit dem 1. Oktober 1898. Ich glaube nicht, daß überhaupt eine Debatte sich an den Antrag knüpfen wird. (Allgemeine Zustimmung.) Wohl aber müssen wir dringend wünschen, daß die Sache vor dem 1. Oktober er. zum Abschluß gelangt, und deshalb beantrage ich Verweisung an einen Ausschuss von zehn Personen, der sofort vom Vorstände zu ernennen ist und noch in heutiger Sitzung Bericht zu erstatten hat.

Rahgeu einstimmig wird dieser Antrag ohne weitere Debatte angenommen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung, die Angelegenheit betreffend die Ordinariate jüdischer Lehrerinnen an den Gemeindeschulen, wird wegen Abwesenheit des Referenten Gernes von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und soll als erster auf die nächste Tagesordnung gelangen.

Zur Verhandlung gelangt nunmehr der Antrag Singer und Genossen, dahingehend:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen: in Gemäßheit des § 105b, Absatz 2, der Gewerbe-Ordnung ein Ortsstatut zu erlassen, durch welches für Berlin

I. die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Fabrik-, Expeditions-, Engros- und Bankgeschäften gänzlich untersagt wird,

II. die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Detailgeschäften und sonstigen Verkaufsstellen auf drei Stunden eingeschränkt wird mit der Maßgabe, daß die Beschäftigung vormittags 10 Uhr beendet sein muß.

Eine am 20. d. M. in der Berliner Ressource stattgehabte Versammlung von Handlungsgehilfen und -gehilfinen hat den Beschluß gefaßt, die Erwartung auszudrücken, daß die Versammlung diesem Antrag Folge geben wird, und ihre Resolution mit einer eingehenden Begründung der Versammlung überreichte.

Stadtv. Singer: Schon im Januar 1892 haben wir einen analogen Antrag gestellt, über welchen im März 1892 ein Ausschussbericht erstattet wurde. Der Ausschuss wollte den Antrag ablehnen, dagegen setzte unser Vorsteher Langerhans den Antrag durch, die Sache zu vertagen, bis das Konsistorium dem Wunsch der städtischen Behörden, die Stunde des Sonntags-Hauptgottesdienstes von 10 auf 11 Uhr zu verlegen, nachgekommen sei. Ich habe damals schon bemerkt, daß das die Sache ad calendas graecas vertagen heiße, und das ist eingetroffen; wir wissen weder, ob Verhandlungen stattgefunden haben, noch was ihr Resultat gewesen ist. Das kann und aber nicht hindern, auf die Sache jetzt zurückzukommen. Nachdem wir sieben Jahre gewartet haben, wird niemand heute noch einwenden wollen, daß die Sache nicht spruchreif sei. Die Vermittlung der Gewerbe-Ordnung, wonach den Gemeinden das Recht zusteht, durch Ortsstatut die Sonntagsarbeit noch weiter einzuschränken, als sie vorschreibt, ist seiner Zeit vom Reichstag in der Hoffnung und dem Vertrauen gefaßt worden, daß die Gemeinden, namentlich die großen, in umfassender Weise davon Gebrauch machen würden. Diejenigen Reichstags-Mitglieder, welche den Mehrheitsstandpunkt dieser Versammlung vertreten, haben damals direkt erklärt, daß für Berlin absolut kein Grund vorliege, an den fünf Stunden festzuhalten, so der Abgeordnete Dr. Girsch. Dadurch, daß der Gottesdienst von 10-12 stattfindet, wird die Sonntagsarbeit in die Zeit von 7-10 und 10-2 zerrissen, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wird dadurch ebenfalls zerrissen und geradezu illusorisch gemacht. Die jungen Leute müssen mehrfache Gänge machen, sie sind genötigt, sich unzulänglich, und bei unseren Verkehrsverhältnissen dauert es auch noch eine gute Weile, bis sie am Nachmittag in den Genuss einer wirklichen Sonntagsruhe kommen. In dieser Frage herrscht förmlich, wie in keiner anderen, Uebereinstimmung zwischen fast allen Arbeitgebern und den Arbeitnehmern; die Schwierigkeit liegt nur darin, daß der einzelne Arbeitgeber nicht zu seinem Schaden eine Ausnahme machen kann, während sein Nachbar und Konkurrent das Geschäft offen hält. In dieser Versammlung hier sitzen ja auch zahlreiche Gewerbetreibende und auch solche, welche Großbetriebe mit vielen Angestellten haben; sie werden bestreiten, daß in den Großgeschäften mit der Sonntagsarbeit eigentlich nicht viel los ist; die jungen Leute kommen hin, stehen zwei Stunden herum, und gemacht wird nicht eben viel. Die meisten dieser Großgeschäfte sind ja ohnehin heute schon Sonntag überhaupte geschlossen. Sollen nun diese humanen Arbeitgeber noch dafür bestraft werden, daß sie human sind, indem man die geringe Zahl derer, die nicht schließen, noch besonders schilt? Diesem ersten Teile unseres Antrages dürften also gar keine Bedenken entgegenstehen; diese Art Geschäfte können geschlossen werden. Größere Geschäfte dieser Art, namentlich Bankgeschäfte, fangen ja schon an, ihren Angestellten am Sonnabendnachmittag frei zu geben, wo dann von Sonntagsarbeit selbstverständlich keine Rede ist. Viel wichtiger freilich ist der zweite Teil des Antrages, die Sonntagsarbeit in Detailgeschäften auf drei Stunden zu beschränken. Wir halten die Zeit von 7-10 Uhr für völlig genügend. Ob diese Zeit ausgedehnt werden soll bis 11 Uhr, kommt gar nicht mehr in Betracht, da keine Aussicht vorhanden ist, daß die kirchlichen Behörden ihren Standpunkt ändern. Es heißt immer, man müsse den Arbeitern Gelegenheit geben, am Sonntag ihre Einkäufe zu besorgen. Am Sonnabendabend halten ja die Geschäfte bis spät in die Nacht offen, und wer dann noch nicht seine Besorgungen gemacht hat, kann mit den drei Stunden des Sonntags früh sehr wohl auskommen. Die Arbeiter haben ja in ihrer großen Freiheit eine zehnstündige Arbeitszeit, zumal die organisierten und leistungsfähigen; für die Angestellten aber kommt eine Arbeitszeit fast bis zu 17 Stunden in Betracht. Nach amtlichen Ermittlungen haben nur 15 Proz. eine Arbeitszeit von 12, 22 Proz.

von 13, 17 von 14, 18 von 15, 21 von 16 und 6 1/2 von über 18 Stunden! Und zu diesen Angestellten gehören auch die Lehrlinge, und man weiß doch, daß diese Angestellten vielfach in engen, schlecht gelüfteten Räumen und in gesundheitsnachteiligen Verhältnissen ihrer Arbeit obliegen müssen! Hier muß die Versammlung aus Gerechtigkeits- und Menschlichkeitsgefühl eingreifen und den Magistrat ersuchen, von seinem Recht endlich einmal Gebrauch zu machen. Wie auf fast allen Gebieten sozialer Fürsorge marschiert auch hier Berlin wiederum hinteran. In Süddeutschland z. B. ist man sich der sozialen Pflichten mehr bewußt als bei uns. Das Stuttgarter Ortsstatut verbietet ganz nach unserem ersten Antrag die Sonntagsbeschäftigung überhaupt, und der Handelsstand ist dort gewiß deshalb nicht zurückgegangen; auch für die Detailgeschäfte existieren dort günstigere Bedingungen als in Berlin, obwohl die dreistündige Arbeitszeit noch nicht eingeführt ist. In Fürtth dürfen die jungen Leute derselben Kategorie nur 1 1/2 Stunden vormittags beschäftigt werden, Nürnberg hat absoluten Schluß. Als ich unter dem Ausnahmefreige vier Jahre lang ausgewiesen war und in Sachsen wohnen mußte, hat mir dort niemals etwas größere Freude gemacht, als der gänzliche Schluß aller Handelsgeschäfte am Sonntag. In Oesterreich ist für Wien eine Statthaltereiverordnung erlassen, wonach die Forderungen unseres Antrages zu einem erheblichen Teile entprochen ist; im Sommer dürfen dort z. B. Lebensmittel-Geschäfte nur von 5-10 Uhr morgens offen halten; Comptoirarbeit ist gänzlich verboten. — Wenn die Reichsregierung eine Reihe von Entscheidungen in das Ernste der Gemeindegewalt legt, thut sie es doch, damit auch Gebrauch davon gemacht werde; sie begiebt sich der eigenen Entscheidung, weil sie die lokalen Verhältnisse nicht so genau kennt, legt aber den Gemeinden mit dem Rechte auch die Pflicht auf, den Gedanken des Gesetzes zur Ausführung zu bringen. Bleibt es bei der bisherigen Sterilität, so wird schließlich der Kommune eine derartige Lethargie nicht mehr gegeben, sondern von Gesetzes wegen das Entsprechende vorgezeichnet werden. Wer also die Selbstverwaltung erhalten und fördern will, muß dahin wirken, daß diese Vollmacht der Gemeinde endlich Inhalt gewinnt. Wenn Sie auch für diesen Antrag Ausschussarbeiten beabsichtigen, wollen wir nicht dagegen sein, wünschen aber dringend, daß der Antrag damit nicht begraben, sondern schließlich in der allein der Stadt Berlin würdigen Weise zur Verwirklichung gebracht wird.

Stadtv. Kluth ist zu erkennen an, daß die Arbeitszeit der Angestellten eine sehr lange ist, hält aber Ausschussberatung für nötig, um die große Schwierigkeit bietende Frage gründlich zu erörtern. Der Antrag Singer geht sehr weit. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Lage der Stunden des Hauptgottesdienstes. Würde die Zeit bis 11 freigegeben sein, dann wäre diese Hauptschwierigkeit beseitigt. Wenn auch viele Geschäfte um 10 Uhr schließen, so bieten doch eine große Zahl auch nach 12 Uhr wieder offen, besonders die Lebensmittel- und die Cigarrengeschäfte. Der Kleinhandel überhaupt befindet sich gegenwärtig in einer Krise, hervorgerufen durch die Konsumverine und die Großhändler. Auch die Lage Berlins, die unmittelbare Nachbarschaft von Kometen, wo diese Verhältnisse nicht gelten würden, sprechen gegen eine ortsfahrende Regelung. Leichter werde eine Verhandlung über den ersten Teil des Antrages Singer sein. So radikal, wie der Antrag formuliert ist, werde man nicht vorgehen können, aber ein Entgegenkommen werde im merhin möglich sein.

Bürgermeister Kirchner: Es sind vor einigen Wochen Petitionen desselben Inhalts beim Magistrat eingegangen; sie sind der Gewerbe-Deputation überwiesen, welche hoffentlich in der nächsten Zeit darüber berichtet wird. Die Materie bedarf auch nach meiner persönlichen Auffassung einer eingehenden Prüfung; so gewissermaßen mit einem Aus und generell wird sich die Sache nicht machen lassen. Bei allem Wohlwollen gegen die Beteiligten legt doch das Interesse der Handelstreibenden und der Arbeitgeber die Prüfung nahe, ob man nicht in demselben Augenblick, wo man einen Schaden heilen will, einen Schaden zufügt. (Sehr richtig! und Weillal.)

Stadtv. Krause: Im Interesse der Angestellten und der Gewerbetreibenden muß diese Angelegenheit ernstlich erwogen werden; deshalb geben wir (die Fraktion der Linken) der Anregung einer Ausschussberatung freudig unsere Zustimmung.

Stadtv. Wallach hält nach den Erklärungen des Bürgermeisters Ausschussberatung für überflüssig (lebhafter Widerspruch) und beantragt, die Beschlußfassung über den Antrag anzusehen, bis der Magistrat eine entsprechende Vorlage macht.

Damit schließt die Debatte.

Stadtv. Singer (Schlußwort): Entgegen dem Antrage Wallach bitte ich nochmals um Ausschussberatung. Einmal wünsche ich nicht, daß die Sache abgemacht auf sieben Jahre vertagt wird; dann aber und hauptsächlich wünsche ich, daß die Versammlung in der Frage von ihren Anfangsabsichten an mitarbeitete und mit den Vertretern des Magistrats kooperierte. Die Annahme des Antrages Wallach würde nur eine Verhüllung der Angelegenheit bedeuten, und das Schicksal der Krankenversicherung der Hausindustrie-Arbeiter sollte und warnen, wieder auf diesen Weg zu treten.

Hast einstimmig wird der Antrag Singer einem Ausschuss überwiesen.

Von dem Stadtv. Hugo Sachs ist beantragt: Den Magistrat zu ersuchen, eine Zusammenstellung der Ortsstatute, Regulative, Verträge mit Gesellschaften, Tarife u. dgl. zu bewirken und dieselbe durch Druck vervielfältigen zu lassen.

Der Antragsteller bezeichnet eine solche Zusammenstellung, die man Stadtbuch oder Bürgerbuch nennen könnte und auch dem Publikum durch den Buchhandel zugänglich machen müßte, als unbedingt notwendig und hat nur den dringenden Wunsch, daß dieselbe nicht auf so schandbarem Papier wie die Vorlagen und die Sitzungsberichte der Versammlungen gedruckt werden möge.

Der Antrag wird angenommen.

Den Jahresabschluss der städtischen Gaswerke für 1898 beantragt der Vorsteher Langerhans dem Rechnungsausschuss zu überweisen.

Stadtv. Singer: Ich möchte den Magistrat fragen, was an der Zeitungsnachricht ist, daß der Preis des Lenktagess verbilligt werden und gleichzeitig eine Erhöhung des Preises des Koch- und Zubehörgases erfolgen soll. Ich habe die dringende Bitte, die durchaus als notwendig erkannte Verbilligung des Lenktagess nicht durch Erhöhung des Preises des Kochgases illusorisch zu machen. Die Preise der städtischen Gasanstalten sind schon außerordentlich hoch; kein Privat-Gewerbetreibender dürfte sich darauf einlassen, bei seinem Produkt mehr als 100 Proz. zu verdienen, er würde von der öffentlichen Meinung mit einem Namen belegt werden, den ich hier aus Respekt vor dem Magistrat nicht anspreche. Die Schaffung eines Einheitspreises ist außerordentlich wünschenswert. (Unterbrechung, Aufse: Zur Sache! Der Vorsteher kann auch den Zusammenhang der Anfrage mit der Vorlage nicht erkennen.) Ich halte den Jahresabschluss eines solchen städtischen Unternehmens allerdings für den Ort, derartige Wünsche zu äußern.

Vom Magistratssecreter wird eine Antwort nicht gegeben. Vorsteher Langerhans erklärt dies damit, daß der Magistrat auf die Anfrage bei diesem Anlaß nicht vorbereitet war und keinen Kommissar entsandt hat.

Die Vorlage geht an den Rechnungsausschuss.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen von untergeordneter Bedeutung berichtet Stadtv. Meyer namens des zu Beginn der Sitzung eingesetzten Ausschusses (dem auch Stadtv. Singer angehört) über den Antrag, betr. die Bewilligung einer Summe von 12000 M. an den Bürgermeister. Der Ausschuss sei vollkommen einmütig gewesen in der Anerkennung der außerordentlichen

Dienste, welche der Bürgermeister im letzten Jahre der Verwaltung geleistet habe und beantrage einstimmig, den Antrag anzunehmen und den Magistrat zu ersuchen, diesem Beschlusse beizutreten. Einstimmig wird demgemäß beschloffen. Schluß 7 Uhr.

Der 7. internationale Geographen-Kongress.

In Berlin verweilen gegenwärtig die hervorragendsten Geographen der Welt, um die von allen Nationen gemeinsam zu lösenden Aufgaben ihrer Wissenschaft zu besprechen. Dahin gehören u. a. eine gleichmäßige und systematisch zu betreibende Seeresforschung, sowie die systematische Erforschung des Südpolargebietes, beides Aufgaben, die in fruchtbringender Weise nur auf Grund internationaler Vereinbarung auszuführen sind.

Als im Jahre 1870 der erste derartige Kongress in Antwerpen zusammentrat, waren deutsche Gelehrte dort nicht vertreten, weil in dem Kriegs- und Einigungsjahre Deutschlands naturgemäß die Interessen friedlicher internationaler Bestrebungen zurücktraten. Seitdem hat sich auch Deutschland in hervorragendem Maße an der Mitarbeit an den geographischen Aufgaben beteiligt; wir erinnern nur an die internationale Polarforschung aus dem Winter 1882/83, an die Planton-Expedition vom Jahre 1888 und an die deutsche Tiefsee-Expedition des Jahres 1898/99. Daher war es nur natürlich, daß der sechste vor vier Jahren in London abgehaltene Kongress beschloß, den nächsten in Berlin zu veranstalten.

Derselbe wurde gestern vormittag um 1/11 Uhr von dem Präsidenten Professor v. Richtofen eröffnet. Nach den üblichen Ansprachen der staatlichen und städtischen Behörden — Fürst Hohenlohe, der neue Kultusminister Dr. Studt sowie der Bürgermeister Kirchner ließen sich vernehmen — nahm Prof. v. Richtofen das Wort, um zunächst seinen Dank an die Behörden abzusprechen.

Weitergehend schilderte er in fesselnder Rede die Bedeutung des 19. Jahrhunderts für die Entwicklung der Erdforschung. Gerade sie steht in engster Beziehung zu der Entwicklung der Völker und Staaten und hat infolgedessen im verflochtenen Jahrhundert die großartigsten Erfolge errungen. Zwar war die Zeit der Entdeckungen großen Stils schon am Anfange unseres Jahrhunderts vorüber, da die Länder der Erde in ihrer Unirren damals bekannt waren. Aber das Innere der Kontinente ist erst im Laufe unseres Jahrhunderts unserer Kenntnis erschlossen worden, das nördlichste Amerika, das Innere von Centralasien, die Stromgebiete Arktis und zuletzt das innere Australien. Diese Forschungsarbeit fordert von dem Gelehrten auch alle die Eigenschaften, die von je als männlich und heldenhaft gegolten haben; daher wird die große Menge von der Persönlichkeit dieser Forscher mehr als in andern Wissensgebieten in ihren Vann gegossen, und so ihr Interesse an der Erdkunde gewickelt.

Aber auch die andere Seite der Forschung, die wissenschaftliche Vertiefung der Kenntnisse, steht in Bezug auf die Summe der angewendeten Arbeitskraft und die Bedeutung ihrer Erfolge keineswegs hinter der ersten zurück, und zieht auch in immer höherem Maße die Aufmerksamkeit aller, die an dem Fortschritt der Wissenschaften Anteil nehmen, auf sich. Dem würdige A. eingehend die Naturwissenschaften, die in den letzten 30 Jahren die Grundlage der geographischen Forschung geworden sind, und schloß mit einem Ausblick auf die Aufgaben des Kongresses.

Auf die bedeutame Rede Richtofens folgten nach Erledigung einiger Formalitäten noch zwei Vorträge von Prof. Chun-Weizig: Die deutsche Tiefsee-Expedition der Valdivia, und vom Fürst Albert von Monaco: Ergebnisse seiner diesjährigen Expedition in die ostgründischen Gewässer.

Als erstes Resultat der deutschen Expedition gelangte schon vor fast einem Jahre die Kunde von der Wiederentdeckung der Bouvet-Insel zu uns. Professor Chun schilderte diese in ausregender Weise. Sie war 1739 von dem französischen Admiral Bouvet entdeckt worden, und im Laufe unseres Jahrhunderts von zwei englischen Kapitänen wieder gefunden worden. Aber spätere Schiffe, die jene Gegenden besuchten, auch der berühmte James Ross, dessen antarktische Fahrten für unsere Kenntnis des Südpolargebietes grundlegend sind, konnten keine Spur der Insel finden, von der man dabei annahm, daß sie der nimmer ruhenden Tätigkeit des Wassers zum Opfer gefallen sei. Die deutsche Expedition, welche wider Erwarten im äußersten Süden der Insel eine Tiefsee von 5000 Meter und darüber fand, stellte Ende November in der Bouvet-Region einen unterirdischen Rücken fest, der nur 200-300 Meter tief vom Wasser bedeckt ist, und sich schließlich in der Insel aus dem Wasser erhebt.

Auf die weiteren Einzelheiten der interessanten Forschungsergebnisse können wir nicht eingehen. Ihre Ergebnisse bedecken sich vielfach mit denjenigen, die im nächsten Vortrage vom Fürsten von Monaco geschildert wurden; auch das ostgründische Meer, das seine Expedition besuchte, zeigte sich ebenso, wie die von der Valdivia durchsuchten Meere, in allen Tiefen von Lebewesen bewohnt, die jeder Meeresflora einen besonderen Charakter verleihen. b.

Die Muthat in der Luisenstraße.

Von neuem ist Berlin durch eine Muthat aufgeregt worden, die an Abheullichkeit alle Verbrechen ähnlicher Art in den Schatten stellt. Der fünfzehnjährige Laubfurchige Franz Wegener aus Niddorf hat seine 83jährige Großmutter, die Witwe Kays, hier in ihrer Wohnung, Luisenstraße 4, zu ermorden versucht, sie beraubt und miters nahm dann mit erschütternder Gemütsruhe das Geld zu verjubeln. Hierbei ist er ertappt worden.

Der Vorfall wird in folgenden Einzelheiten berichtet:

Der junge Wegener, der Sohn eines Arbeiters aus Niddorf, ist ein arbeitssamer Bürche und schon zu wiederholten Malen aus der Lehre entlaufen. Seit einer Woche bereits trieb er sich wieder ohne Beschäftigung herum. Als sein Vater ihn hierfür eine derbe Züchtigung erteilte, lief der Bürche, den der Heng zum Bagabundier nicht auszureiben war, zu seiner in der Luisenstraße 4 wohnhaften Großmutter, der 83 Jahre alten Witwe Justine Friederike Kays geborenen Vorleben. Am Dienstagmorgen traf er bei der alten Frau ein und besagte sich bei derselben über seinen Vater, der ihn schlug, und bat um Reisegeld, damit er nach Hamburg und eventuell nach Amerika fahren könne. Die Großmutter, die durch das Halten von Schlafbüschen ihren Lebensunterhalt zum Teil erwirbt, schlug ihm indessen die Bitte ab. Nun fragte sie der Bürche, ob vielleicht ihre Schlafbüschen schon Geld bekommen hätten. Die Frau gab darauf eine ausweichende Antwort und es war dann keine Rede mehr von der Angelegenheit. Mittwochmorgen verließen die beiden Schlafbüschen Kirs und Wagnersdorf bereits um 6 1/2 Uhr die im vierten Stock gelegene Wohnung. Frau Kays blieb noch im Bette liegen, ebenso ihr Enkel, den sie bei sich behalten hatte. Bald aber erhob sich der Bürche und fiel über seine alte Großmutter her. Mit einer Wangelrolle, die in der Stube stand, schlug er auf die wehrlos im Bette liegende Greisin ein und versetzte ihr zwei kräftige Schläge über den Kopf, einen quer über den Kopf, einen über das linke Auge. Dann griff er, als die Frau aus dem Bette gesprungen und unter neuen Schlägen zusammengebrochen war, zum Messer, und versetzte seinem Opfer mehrere Stiche, einen in der Nähe der Schlagader in den Hals, einen zweiten durch das rechte Ohr und einen dritten in den Mund. Dieser Stich durchbohrte die Zunge, so daß die Unglückliche nicht um Hilfe rufen konnte. Eine Tochter des im dritten Stock wohnenden Tapeziers Wehen hörte kurz nach 7 Uhr das Fallen der Frau, legte dem Geräusch aber keine Bedeutung bei, da sie weiter nichts wahrnahm. Die Greisin lag nun regungslos am Boden und der Un-

Sonntagvormittagen 10 1/4 Uhr im Englischen Garten, Alexander-
straße 27c, Rathhuden.

Französisch. Am 11. Oktober Beginn neuer Kurse für Anfänger und
Sonderkurse. Es wird nicht nur die Grammatik und Vokabeln,
sondern auch die Konversation gelehrt. Das Sprechen beginnt bereits
auf der ersten Stunde, jedoch der Schüler nach Wiederholung der Kurse mit den
wichtigsten grammatischen Regeln und der Rechtschreibung vertraut. Ich in dem
französischen Idiom mit Beiläufigkeit anreden kann. 4 M. pro Halbjahr. Die
8. hiesige Fortbildungsschule, Putzstraße 23.

Feuerbericht. In den letzten Tagen hatte die Wehr verhältniß-
mäßig wenig zu thun. Eine Alarmierung nach Wankuffel-
straße 90, die Mittwochabend erfolgte, war auf großen Unfug an
öffentlichen Weiden zurückzuführen. Der Thäter wurde diesmal gefast.
Im selben Zeit erfolgte Potsdamerstr. 76b ein
Wohnungsbrand, der die Wehr längere Zeit beschäftigte und Wölke,
Kegale u. s. w. zerstörte. Zwei unbedeutende Brände waren Wolliner-
straße 89/90 und Klosterstr. 64 zu bezeichnen. Donnerstag früh
8 Uhr gingen Waldemarstraße in einem Maschinenhause Holz-
brenne in Flammen auf. Mittags brannten Königgräber-
straße 48/44 Papier und Baumwolle.

Aus den Nachbarorten.

Wächterberg-Friedrichsdorf. Eine Petition, welche die
katholischen Hausväter der hiesigen Gemeinde an die Regierung ge-
richtet hatten, enthielt die Forderung, die Regierung möge einem Be-
schluß der Gemeindevertretung die Genehmigung verweigern, wonach
die katholische Schule statt auf dem zuerst ins Auge gefaßten
Bauplatz neben der katholischen Kirche auf einem Grundstück der
Terrängengesellschaft „Würgerheim“ errichtet werden soll. Diese Petition
hat eine schnelle Entscheidung gefunden. Die Regierung verlangte von den
Wächtern die kostenlose Uebergabe des von ihnen für so vorteilhaft
erachteten Grundstücks an die Gemeinde, dann löste ihrem Wunsch
Bestätigung entgegen. Dieses Anerbieten ist von den Haus-
vätern abgelehnt worden, so daß es jedenfalls bei dem Grundstück
des „Würgerheims“ bleiben wird. Eine Beihilfe von 48 000 Mark hat
die Regierung zu diesem Bauwerk für den Fall in Aussicht gestellt,
daß die Gemeinde gleich ein 12klassiges Gebäude errichtet. Die Gemeinde-
vertretung will die Frage, ob ein 12klassiges oder ein 18klassiges Schul-
gebäude aufgeführt werden soll, noch offen lassen. — Mit Telegraphen-
und Fernsprech-Anlage soll die Postagentur Wilhelmberg
versorgt werden, nachdem die von der Postbehörde verlangte Garantie
für Einnahmen in Höhe von mindestens 10 Proz. der Anlagekosten
(d. i. ein Betrag von 50 M. jährlich) von der Gemeinde übernommen
worden ist. Als Gehalt werden für die Dauer eines Gesprächs bis
zwei Minuten 2 Pf. erhoben werden. — Von Seinem mit Stroh
hochgeladenen Wagen wurde ein Kutscher des Fuhrherrn Hermann
am Mittwochabend in der Wilmersdorferstraße überfahren, nachdem der
Wagen infolge Krampfanfalls auf die Straße gefallen war; trotzdem
der Wagen über Hinterleib und Beine fortging, scheint der Mann
ohne ernsthafte Verletzungen davongekommen zu sein.

**Ein Komitee zur Begründung einer Gemeinnützigen Gesell-
schaft** hat sich in Schöneberg gebildet. Neben der Abhaltung von
Volks-Unterhaltungsabenden sowie Gründung einer
„Hundert Thaler-Sterbekasse“ und Errichtung eines
„Monumental-Springbrunnens“ zur Erinnerung an
Schöneberg's Erhebung zur Stadt (17) plant man die Errichtung
heilpädagogischer Zweige. Volksschulen, Fremdsprachkurse, Kinderheim
sollen dazu beitragen, die vom Kapital auf dem wirtschaftlichen
Schachfeld der Arbeiter beigebrachten Wunden zu heilen. Wir
wissen sehr dankbar, daß es möglich ist, mit Wasserkruppen und Thee-
wägen das arme Volk aus der Welt zu schaffen. An der Spitze
dieses Unternehmens steht ein Redacteur Namens Hans v. Janu-
kiewicz, Weinstra.

Ein Mordversuch ist in der Nacht zum Mittwoch in Spandau
verübt worden; Ort der That war ein auf der Havel am Ufer des
Schiffseigners Hermann liegender Kohlenstapel. Der darauf beifolgende
Woodsman Grunert aus Breslau war Dienstagabend noch in
die Stadt gegangen und hatte verschiedene Schanzen bejagt. Als
er nach 2 Uhr wieder auf den Kahn kam, erstrahlte er den ver-
schlossenen Schlafraum seines Arbeitgebers, des Schiffseigners
Wald aus Breslau; er stürzte auf diesen zu, packte ihn an der Kehle
und suchte ihn zu erwürgen. Der Heberfallene erwachte und erkannte
bei dem in der Kajüte brennenden schwachen Licht den Woodsman.
Dieser führte mit einem Weil einen Schlag nach dem Kopf des im
Wette liegenden Mannes; letzterer hing indes den Hieb mit der zur
Abwehr erhobenen rechten Hand auf; es gelang ihm dabei, das Weil
zu erfassen, es sprang auf und nunmehr begannen die beiden Männer
mit einander zu ringen, wobei der Schiffseigner Sieger blieb. Er
machte seinen Angreifer kampfunfähig, fesselte ihn und veranlaßte
am Morgen die Verhaftung des Grunert.

Zwei Centner Telegraphendraht im Werte von über
1000 Mark sind in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch von
den in Wilmersdorf zwischen der Charlotten- und Brühlstraße
gezogenen Fernsprechleitungen gestohlen worden. Die Drahte,
67 an der Zahl, sind von den Dieben, welche dazu die Gestänge
erklüftet haben, in einer Länge von zusammen 490 Meter ab-
geschnitten und dann auf einem Handwagen fortgeschafft.

Von Einwohnern Oranien war der Verdacht angeregt
worden, daß die Neubereiten an der Obersee von Berliner Ju-
däern in West geleitet worden seien. Durch Nachforschungen der
hiesigen Kriminalpolizei gelangte man zu der Ueberzeugung, daß
nicht Jüdäer, sondern gewerdmäßige Einbrecher ihre Hand im
Spiel haben mußten. Diese Ansicht ist auch zur Gewißheit geworden,
denn es ist durch Nachforschungen an vorgestrichenen Tagen und gestern
möglich geworden, zwei der Mäuler, die „Arbeiter“ Küning
und Pfeiffer, als Teilnehmer an den Raubzügen zu er-
mitteln und festzunehmen. Dieselben sind schon mehrfach verurteilt,
darunter auch wegen Einbruchs. Küning wurde nach langem Zuden
Mittwochabend in einem der hiesigen Lokale des Südfens er-
grienen, wo er unter falschem Namen weilte. Er ließ sich erst
nach langem Weigern herbei, seinen richtigen Namen usw. zu
nennen, und hat dann gestern nach verschiedenen Kreuzverhören
ein unfassendes Geständnis abgelegt. Sein Mitthäter
Pfeiffer ist bereits mit Zuchthaus bestraft. Er wurde gestern in
früherer Morgenstunden in einem im Osten fünf Treppen hoch
gelegenen Quartier eines Hinterhauses ermittelt und festgenommen.
Als alter Verbrecher hat er nur so viel zugestanden, als ihm
Schritt für Schritt nachgewiesen werden konnte. Er will nur
bei dem Hauslichen Raubausfall sich betheiligen haben, dagegen von
dem Raubausfall in dem Restaurant „Mübezahl“ nichts wissen, ob-
gleich Küning ihm seine Teilnahme direkt ins Gesicht gesagt hat.
Küning trug bei der Verhaftung sogar die bei Gans geriebenen Bein-
kleider. Die Nachforschungen wurden von dem Kriminalkommissar
Damm geleitet.

Auch am Wannsee macht sich jetzt eine Diebesbande be-
merkbar, die ebenso wie die an der Obersee den Wasserweg bedor-
gen. Dem Buchdruckereibesitzer Langenscheidt, dessen Villa in der
Seestraße 17 liegt, ist von seinem Woodsman ein rotgebeiztes
Voot mit dem Ständer des kaiserlichen Jagtclubs am Bug gestohlen
worden.

Gewichts-Beitrag.

Der Polizeikommissar. Eine laun gläubliche Affäre führte gestern
den Rechtsanwalt Ernst Karl Wilhelm Fleischmann unter der
Anlage der Beamteneinleitung vor die zweite Strafkammer am
Landgericht II. Der Angeklagte ging am 2. August dieses Jahres
durch Wilmersberg und wurde Zeuge, als der Gendarm
Klebsa, der, nebenbei bemerkt, erst seit kurzer Zeit
Gendarmenbediente thut, den Kutscher Koch aufforderte,
weil dieser auf seinem Wagen gefahren haben sollte. Als
sich der Gendarm von dem Wagen fortwandte, trat der An-
geklagte an den aufgeschriebenen Kutscher heran und sagte zu diesem:

„Sie haben nichts Unrechtes begangen! Ich habe den Vorgang mit-
angegeben! Schreiben Sie sich meinen Namen auf, ich bin der
Rechtsanwalt Fleischmann aus Berlin.“ Sofort drehte sich der
Gendarm um und verlangte vom Angeklagten Angabe seiner Per-
sonalien und Legitimation. Dieser erklärte: „Ich lehne es ab,
ihnen meinen Namen zu nennen, Sie haben keine Veranlassung,
mich danach zu fragen.“ Der Gendarm hatte nun aber
gehört, wie der Angeklagte dem Kutscher seinen Namen nannte
und hatte verstanden, „Rechtsanwalt Heilmann“. Er ging
in ein Restaurant und sah dort das Adressbuch nach, konnte aber
natürlicherweise den falsch verstandenen Namen nicht finden. Etwa
eine Stunde später kehrte der Rechtsanwalt auf demselben Wege
zurück. Der Gendarm sah ihn von der Kneipe aus, er trat auf die
Straße und frug wieder nach Namen und Wohnung. Der Rechts-
anwalt erklärte wiederum, er habe gar keinen Kutscher, seinen Namen
zu nennen, worauf der Gendarm ihn aufforderte, ihm zum Amtsbezirk
zu folgen. Der Rechtsanwalt soll aber dabei geäußert haben: „Ich
mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie ungeschickt handeln!“ Wegen
dieses Wortes wurde er wegen Beleidigung angeklagt. Vor Gericht
behauptete er, zu dem Gendarmen aus Gefäß zu haben, derselbe
würde sich strafbar machen, wenn er ihn fähre, denn er habe kein
Recht dazu. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt 100 M. Geld-
strafe. Der Gerichtshof erklärte aber, daß unter den obwaltenden
Umständen, selbst wenn es richtig sei, daß der Angeklagte gefäß
habe, „Sie handeln ungeschickt!“ darin keine Beleidigung zu finden
sei. Demgemäß lautete das Urteil auf Freisprechung.

Schmutzige Geschichten kamen in einer Verhandlung zur
Sprache, welche gestern vor der 130. Abteilung des Schöffengerichts
stattfand. Der praktische Arzt Dr. Louis Cohn, Neue König-
straße 48, war nebst seiner Wittwe, die er unverschämlich
Braun, der gemeinlichlichen hässlichen Körperverletzung be-
schuldigt. Durch die Beweisaufnahme wurde folgender Sachverhalt
festgestellt: In den näheren Bekannten des Angeklagten Dr. Cohn
gehörte das seit neun Jahren verheiratete Ehepaar
G. lebte in diesem Frühjahr verheiratet, daß der Ver-
kehr zwischen seiner Ehefrau und dem Dr. Cohn die Grenzen
des Erlaubten überschreite und auf seine Verhaltungen gestand Frau
G. ihr dies auch ein. Der betrogene Ehemann schickte seine Frau
zu ihren Eltern zurück und ließ sie dann dem Dr. Cohn einen Brief
wenig schmeicheleichen Inhalts. Als der Briefträger diesem Schreiben
keine Beachtung schenkte, begab G. sich am einen Samstag zu ihm,
in der Absicht, sich mit ihm auszusprechen. Der Umstand, daß G.
eine Hundepfote bei sich führte, ließ den Angeklagten ahnen, was
es mit der „Hundepfote“ auf sich habe. Er war deshalb auf seiner Hut.
Bevor G. ein Wort gesprochen hatte oder eine drohende Bewegung
machen konnte, ergriff er von dem Angeklagten einen so wichtigen
Hautschlag ins Gesicht, daß ihm das Bewußtsein getrübt wurde.
Dann packte Dr. Cohn den viel schwächeren und halb betäubten
Verletzten, warf ihn mit dem Gesicht nach unten zu Boden, liegte auf
ihn und bearbeitete seinen Kopf mit Faustschlägen. Zugleich rief er
seiner Wittwe zu, sie solle den Unterleib des
G. mit einem Stock schlagen und als die Frau
dieser Aufforderung nach beider Kräften nachkam, schenkte
Dr. Cohn sie durch die Nase „Nimmer fest!“ an, nicht zu erlahmen.
Als der Gemüthliche verlor, sich empor zu richten, griff
Dr. Cohn zu einem energischeren Mittel, er holte einen Hauskessel
aus der Küche und schlug den G. damit wiederholt auf den Hinter-
kopf. Der Geschlagene konnte an eine Wagentheer nicht denken,
blutüberströmt und schwer verletzt wurde er nach der Sanitätswache
gebracht.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Dr. Cohn
eine Geldstrafe von 300 M., gegen die Frau G. M. Geldstrafe.
Der Gerichtshof ging mit Bezug auf den Angeklagten Dr. Cohn
erheblich über den Antrag hinaus. Nur der Umstand, daß der An-
geklagte eines thätlichen Angriffs gewärtig sein konnte, habe den
Gerichtshof verhindert, auf eine Freiheitsstrafe zu erkennen. Die
Strafe sei aber auf 500 M., im Raubverbrechensfälle auf 100 Tage
Gefängnis bemessen worden. In betref der Mitangeklagten Braun
wurde nach dem Antrage auf 50 M. erkannt.

Wieviel Strafe steht es, wenn ein Hofverwalter aus
Uebermut ein hiesigen seinen Arbeiter todschlägt?
Antwort: Sechs Wochen Gefängnis. Wer es nicht glauben
will, lese folgenden Gerichtsbericht aus Giesleben:
„Als Richter fand der Hofverwalter August Frank aus
Giesleben, der gegen Ende April in Oeseufeld vom Fenster seiner
Wohnung aus sein aus Uebermut auf den Ar-
beiter Stöbel geschossen hatte, der auf dem
Hofe an der Saugpumpe beschäftigt war. Frank wollte den
Arbeiter, wie er sagte, „nur durch die Säure schleichen“, traf ihn
aber ins Angeleint, woran Stöbel starb. Frank wurde vom
hiesigen Landgericht zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.
Wäre Frank wohl so billig wegkommen, wenn er an seinem
„quädeligen Oesen“ in gleicher Weise und mit gleichem Erfolge seine
Zecherfrage. Unter dem Zuchthauskurs sind sechs
Wochen Gefängnis noch eine recht milde Strafe, wenn ein
ehrenhafter Arbeiter einem der für den Staat besonders nüt-
lichen Elemente ein paar Schellworte zugerufen hat!“

Verfassungen.

In einer öffentlichen Versammlung, welche die Arbeiter-
Bildungsschule am vergangenen Sonntag arrangiert hatte,
hielt der Gewerkschaftsleiter einen Vortrag über: „Die
materialistische Geschichtsauffassung“. Der Redner nahm einen den
Darlegungen Bemerkens würdigen Standpunkt ein.

**Die im Bergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen** hielten am Mittwoch in den Krümmellen eine
öffentliche Versammlung ab. Der Vertrauensmann Lange er-
staltete zunächst den Kassabericht. Die Einnahme betrug 720,78 M.,
die Ausgabe 82,50 M. und der Bestand 687,98 M.; außerdem wurden
579,15 M. für die hiesigen Arbeiter abgeführt. Da der Vertrauens-
mann Lange sein Amt niederlegt, wird an seiner Stelle der bis-
herige Revisor Steidel gewählt und an dessen Stelle als Revisor
Kjuzman. Abdom kommt zur Erörterung die Antwort der
Arbeitgeber der Maschinenbrände auf die von den Gewerkschaften
gestellten Forderungen. Die Innung hat erklärt, daß ein Lohn von 24 M.
für draubare (i) Geblissen nicht zuviel sei, im übrigen aber werden
die Arbeiter darauf hingewiesen, mit ihren Arbeitgebern direkt zu
verhandeln. Aus der Diskussion geht eine gewisse Geneigtheit der
Arbeitgeber zu Konzessionen hervor, wenn auch fast jede Firma bald
die eine, bald die andere Forderung nicht bewilligen zu können er-
klärt. In weiteren Verhandlungen mit den Prinzipalen wird eine
fünftägige Kommission gewählt, bestehend aus Schorze,
Späts, Höpner, Ehlers und Hermann. Abdom wird
eine Resolution angenommen, in der das Entgegenkommen der
Innung als nicht genügend bezeichnet wird, die Versammlung sich
jedoch mit einer Unterhandlung von Kommission zu Kommission ein-
verstanden erklärt. Den streitenden Steinmetzen werden 100 M.
aus der Lokalkasse bewilligt.

Die Mehl- und Getreidehändler und Speisearbeiter
hatten sich am Sonntag, den 24. September, sehr zahlreich im Eng-
lischen Garten eingefunden. Die Tagesordnung lautete: „Wie
verbessern wir unsere Lage und wollen die Mehl- und Getreidehändler
und Speisearbeiter Lohnforderungen stellen?“ Der Referent Schu-
mann führte u. a. aus: Die Arbeitszeit sei eine überaus lange;
dieselbe währe 16-18 Stunden, der Lohn sei so gering, daß er kaum
zum Leben reiche. Im Durchschnitt werden 20-22 M. pro Woche
verdient; das mache pro Stunde 12 bis 13 Pfennige. Daß
dies ein auskömmlicher Lohn sei, könne niemand behaupten.
Die in obigen Bemerkungen Thätigen hätten deshalb alle
Ursache, für eine Verbesserung ihrer Lage einzutreten. Dies sei nur
dadurch möglich, daß sich alle Mann für Mann dem Centralverband
der Handels- und Verkehrs-Arbeiter anschließen.“

Am den Vortrag schloß sich eine lebhaft Diskussion; im Verlaufe
dieser wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die
Versammlung beschließt, an die Fuhrherrn Lohnforderungen zu stellen.
Für Formulierung derselben wählt die Versammlung eine 13 gliedrige
Kommission, welche beauftragt wird, am Sonntag, den 1. Oktober
einer weiteren Versammlung Bericht zu erstatten. Die Versammlung
entscheidet dann einträchtig über die eventuelle Arbeitseinstellung. Die
Versammelten verpflichten sich, Mann für Mann dem Centralverband
der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter beizutreten, um
sich den Unternehmern gegenüber den nötigen Rückhalt zu ver-
schaffen.“

Darauf wurde eine Lokalkommission, bestehend aus 13 Personen,
gewählt und derselben aufgegeben, die Lohnforderung auf 27 M. pro
Woche festzusetzen. Die übrigen Forderungen sollen von der Kom-
mission festgesetzt und den Unternehmern dann am Dienstag früh
zugeandt werden, damit dieselben in der Lage sind, bis zum Donner-
stag Antwort zu erteilen. Am Donnerstag findet abermals eine Ver-
sammlung statt, in der die weiteren Schritte beschlossen werden
sollen.

Die Textilarbeiter nahmen am 20. September in einer Ver-
sammlung Stellung zu dem Streik bei Reichs. Von den ein-
geladenen Substanten war nur Herr Benjamin erschienen. Es
wurde bekannt gegeben, daß die Firmen Paader und Wen-
tomin u. Co. die 12stündige Arbeitszeit pro Woche eingeführt
und den Lehrlingebenen einen Lohn von 6 M. bewilligt haben. Es
wurde bedauert, daß die genannten Firmen die beschiedenen
Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt haben, inwiefern
sinnlos aber die Versammlung einer Resolution Häufig zu,
welche besagt, daß man, so lange der Streik bei Reichs dauere,
sich mit dem Bewilligten zufriedengeben wolle, da bei Reichs die
Löhne noch viel niedriger seien.

In der Versammlung am 28. September wählte die
Filiale I des Textilarbeiter-Verbandes Schmidt
zum Schriftführer, sowie ein Vergütungskomitee von sieben Mit-
gliedern. Der Abtheilungsleiter berichtet, daß die Wollweberei jetzt
100 Wände umfaßt, von denen im letzten Jahre 63 Wände von
42 Metern gelassen wurden. Beschlossen wurde, die Agitations-
kommission zu beauftragen, öffentliche Versammlungen zu stiften
bei Reichs Streikenden zu veranstalten und ein Flugblatt zu
verbreiten.

**Centralverein der im Adressenwesen und verwandten Branchen
Beschäftigten.** Sonntag, den 30. September, abends 8 Uhr, bei August
Kremer, Wasserstr. 17: Generalversammlung.

Neuigkeiten.

Generabruch in Danzig. Donnerstagfrüh brach auf dem
Etablissement der „Danziger Seemanns“ Großfeuer aus. Sechs
Dampfschiffe waren in Thätigkeit; auch von der kaiserlichen Wehr
wurde wirksame Hilfe geleistet. Am die Mittagszeit gelang es, das
Feuer zu dämpfen. Die Seemanns selbst und der Seemanns
wurden mit großer Aufmerksamkeit gereinigt; die Seemanns
Stärkefabrik und das Lagergebäude sind niedergebrannt. Der
Schaden ist nach der „Danziger Zeitung“ auf 1 1/2 Mill. Mark zu
schätzen.

In Stein bei Deutsch-Ostau sind, wie die „Elbinger Zeitung“
meldet, mehrere Wohnhäuser niedergebrannt. Eine Frau und ein
Knabe kamen bei dem Brande ums Leben.

Zum Sandeinsturz in Köln. Die Einsturz-Katastrophe in
Köln erweist sich viel schlimmer und trauriger, als man erwartet
hatte. Die Hoffnung, daß ein Teil der Beschädigten bis zu ihrer
Reinigung noch am Leben bleiben dürfte, muß man wohl fahren
lassen. Ueber den gegenwärtigen Stand der Arbeiten und die Ur-
sachen des Einsturzes wird vom gestrigen Tage berichtet:

Während der verflochtenen ganzen Nacht wurden bei strömendem
Regen die Aufbaumassarbeiten durch die Berufsfeuerwehr und durch
eine Compagnie Wehrfeuer vorgenommen. 50 Zimmerleute sind an
dem eingestürzten Hause fortgesetzt beschäftigt, ohne daß es gelingen
wollte, weitere Opfer aufzufinden. Wieder sind zwei Tote zu Tage
gefordert worden. Sechs Leichen befanden sich noch unter den
Trümmern. Nach Ansicht der Sachverständigen war bei Wüstung
des Hauses eine neue Wand lose an die alte angelehnt worden, ohne
mit dieser verknüpft zu sein. Dadurch sind Mauerwerk und eiserne
Träger ausgefallen, worauf der fünfstöckige Bau vollständig ein-
stürzte. Die Polizei ordnete die Räumung mehrerer Nebenbauten
an, da weitere Einsturzgefahr droht.

Wieder sind aus den Trümmern des eingestürzten Neubaus
acht Leichen heraufgeschafft worden; vier Arbeiter werden noch
vermisst.

Das Erdbeben in Kleinasien. Ausführlichen Mitteilungen
aus Konstantinopel zufolge sind bei dem Erdbeben im Bilojet Aidin
mehrere Hundert Menschen ungelonnen. Tausende sind obdachlos.
Der Schaden wird auf zwei Millionen Pfund geschätzt. Behufs
Einleitung von Sammlungen haben sich Hilfskomitees gebildet.
Folgendend werden folgende Erdbeben im Erdbeben-Centrum Geraildi
wahrgenommen.

Marktpreise von Berlin am 27. September 1899
nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidenten.

Ware	Qualität	Preis	Ware	Qualität	Preis	
Witzen	D. Alt.	15.50	15.00	Schwefelsäure	1 kg	1.00
Witzen	„	14.50	13.50	Salzsäure	„	1.00
Wintergerste	„	13.80	12.50	Danziger Mehl	„	1.00
Hafer gut	„	15.10	14.50	„	„	2.50
„ mittel	„	14.40	13.80	„	60 Stk	4.50
„ gering	„	13.70	13.20	„	1 kg	2.20
Hafer	„	4.15	3.60	„	„	2.80
„	„	6.70	4.00	„	„	2.00
„	„	4.00	2.50	„	„	2.00
„	„	5.00	2.50	„	„	1.80
„	„	7.00	3.00	„	„	2.80
„	„	7.00	5.00	„	„	1.40
„	„	1.00	1.20	„	„	1.20

*) Gemittelt pro Tonne von der Centralkassa der Grund-Handel-
kassensammlungen - Verteilungskasse - und ungerundet vom Polizeipräsidenten
für den Topf-Gewinn.

†) Kleinstabrechnung.

Produktenmarkt vom 23. September 1899. Auf dem Ge-
treidemarkt war der Verkehr schwach. Zuführen und Angebote von
neuem Getreide waren nicht sehr groß, doch hielt sich die Nachfrage in
den letzten Tagen merklich zurück. Weizen und Roggen gaben etwa 1/2 bis
1/4 M. nach. Die Getreideverbindungsmittel dürften jetzt voll erledigt sein.
Hafer war sehr aber still; Hafer unterhandelt.

Am Spiritusmarkt war die Haltung heute sehr reserviert, da
man abwartet, in welcher Weise sich die Währungsverhältnisse der mit 1. Oktober
im Leben tretenden „Centralbank für Erdbebenverwertung“ entwickeln wird.
Der Preis für loco wie Termine war behauptet. Weizen wurde mit 43.80 M.
(unverändert) bezahlt.

Kartoffelmarkt. Gute Kartoffelstärke per 100 kg brutto
inkl. Sach. — Prima trodrene Kartoffelstärke per 100 kg brutto inkl.
Sach und Mehl 21.10 M. Supra trodrene Kartoffelstärke — M.
Kartoffelstärke per 100 kg brutto —. Prima Kartoffelmehl 21.10 M.,
p. 100 kg —. M. per 100 kg.

Erbericht vom 29. September. Normale Ware je nach Qualität von
3.00-3.50 M. per Schock. Unsortierte Ware je nach Qualität
von 2.80 bis 2.90 M. per Schock. Raffiner je nach Qualität von — bis
— M. per Schock. Tendenz: matt.

Weiteres Besondere für Freitag, den 29. September 1899.
Gutes Wetter, zeitweise heiter, vielfach wolfig mit leichten Regenschauern
und ziemlich frühen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Schreckkunde findet Montag, Dienstag und
Freitag abends von 6 bis 8 Uhr statt.
666. 1. Jg. 2. Das kann als jährlicher Weineid aufgeführt werden.
— M. G. 89. 1. Jg. 2. Weine. Sie können sich vertreten lassen. Falls
Sie liegen, würden die Anwaltskosten dem Weineid aufzulegen. — Weineid.
Schlichter Antwort erteilen wir nicht. Falls kein Fall im Statu-
angegen steht, möchte die Kasse zahlen. Sie müssen diese zunächst bei der

Kassidirektor verfloren. — 612 B. N. Es bleibt Ihnen nur der gerichtliche Weg als zulässiger und zweckmäßiger. Wenn Sie wollen, können Sie sich aber an den Kreis-Schulinspektor oder an die Regierung wenden. — **Cypelnerstr. 19.** Der Vertrag bindet auf ein Jahr, es sei denn, daß das Mädchen dienstunfähig ist. — **10 Weissenhof.** Der Vater haftet nicht, der Eigentümer würde abgewiesen werden, wenn es sich nicht etwa um eine Scheibe der Mietswohnung handelt. — **Stargarderstraße.** Die Verjährung tritt in 5 Jahren ein. Jedoch unterbricht jede gegen den Täter gerichtete Handlung des Richters die Verjährungsfrist. — **Wäcker.** Das arbeitsfähige Kind behält den Namen der Mutter, auch wenn seine Eltern sich verheiraten. Es erhält jedoch den Namen des Vaters, wenn dieser es zu handelsmäßigem (oder eventuell zu gerichtlichem) Protokoll als sein Kind anerkennt. Nach dem 1. Januar 1900 genügt die notariell oder gerichtlich beglaubigte Einwilligung in die andere Namensführung auch dann, wenn der Ehemann nicht Vater des vor der Ehe geborenen Kindes seiner Frau ist. — **Pantow.** Rein. — **R. 2. W. 1.** Falls nicht konkrete (bestimmte) Thatsachen vorliegen, deren Vorhandensein der Verkäufer zu Unrecht behauptet hat, ist der Vertrag gültig. 2. Beide Kontrahenten haben sich der Stempelsteuerkonvention schuldig gemacht.

3. Geldstrafe, etwa 20 M. 4. Ja, 5. Ja, aber er kann Schadenersatz verlangen. — **Waldstraße 10.** — **W. 2. 99.** 3. 2. 500. Rein. — **H. 2. Union.** Bis zum 1. Januar 1900, wenn dadurch der handelsmäßige Unterhalt Ihrer Familie nicht gefährdet wird, nach dem 1. Januar 1900 überhaupt nicht. — **G. 2. 26.** Die mündliche Vereinbarung über Erhöhung des Mietzinses ist ausreichend und gültig. — **G. 2. 47.** Leider würden Sie im Wege der Klage nichts ausrichten; es kann der Besizer nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. — **G. 2. 31.** Sie mühten sich mit einem Antrag auf Regelung des Erziehungsbrechts an das Vormundschaftsgericht wenden. — **G. 2. 102.** 1.—3. Rein. 4. Eine Art Bankrott. — **F. 2. 25.** Disziplinarstrafe, wahrscheinlich Verweis und Geldstrafe. — **F. 2. 27.** Ja, kündigen Sie, am nicht noch bis zum 15. 6. 1901 gebunden zu sein. — **W. 2. 79.** 1. Die näheren Bestimmungen sind nicht veröffentlicht. 2. Geringe körperliche Fehler. — **W. 2. 98.** 1.—2. Rein, wenn ein zum Spiel hingebenes Darlehen ist nicht einfügbar. 3. Der Besizer. — **W. 2. 8.** Die vermögensrechtliche Lage der Eheleute nach geschiedener Ehe richtet sich danach, welcher Teil für schuldig erklärt ist. — **G. 2. 6.** Klage ist nicht erforderlich. — **Frau G. 100.** Das Geld fliehe an die

Armenverwaltung. — **G. 2. 61.** Wird das Kind vor dem 1. Januar 1900 geboren, so hat dasselbe und seine Mutter Alimentationsanspruch, sonst nicht. — **Kulmsdorf.** Sie können ohne Wartezeit vom Tage der Gültigkeit der Summe ab, also nach Ablauf des 1. Oktober, klagen. Ihre anderen Ansprüche gelangen gelegentlich zur Besprechung. — **Heinrichstraße.** Sie sind zur Zahlung nicht verpflichtet. — **W. 2. 71.** 1. Sie gehört der Straßenbahn-Betriebsgesellschaft an. 2. Unveränderlich. — **W. 2. 100.** 1, 2, 3. Rein. 4. Ja. — **Unalide 72.** Zur Erlangung der Invalidenrente ist jetzt der Nachweis von 235, vom 1. Januar 1900 ab der von 200 Markemarken erforderlich. — **R. M. 100.** Ein Testament wäre erforderlich. Die Höhe der Kosten richtet sich nach der Höhe des Objekts. Beträgt dasselbe 400 M., so kostet die protokolllarische Aufnahme 8 M. Benutzen Sie jedoch den in Briefschaften häufig angegebenen Weg zur Errichtung eines Testaments, so beträgt der Kostenpunkt die Hälfte. — **1000.** Rein. — **S. 2. 1.** Hält der Besizer an sich auf einen Sonntag, so tritt statt des Sonntags der Sonnabend ein. Freitag ist mangels anderer Abrede der zweite. 2. Nachtrag. — **H. 2.** Eine Verleumdungslage wäre nicht ohne Aussicht auf Erfolg. — **H. 2. 100.** Ein rechtlich durchführbarer Anspruch steht Ihnen leider nicht zu.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Sente, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstr. 20-21:
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Achtung! Glaser. Achtung!
Am Sonntag, den 1. Oktober, mittags 12 Uhr, im Lokale „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:
Oeffentl. Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Link. 2. Abrechnung vom Streik. 3. Neuwahl der Vertrauensleute. — Nicht jedes Kollegen ist in der Versammlung zu erscheinen. [29316] Der Vertrauensmann.

Marmorarbeiter Berlins u. Umgeg.
Am Sonntag, den 1. Oktober, mittags 12 Uhr, im Lokale „Englischer Garten“, Alexanderstraße 27c:
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Der Stand unserer Lohnbewegung. 2. Verschiedenes. [274/15] Die Ortsverwaltung.

Achtung! Posamentiere!
Sonntag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr, Alte Jakobstr. 75:
Oeffentliche Versammlung
sämtlicher Posamentiere und Berufsgenossen.
Tages-Ordnung:
1. Der Stand des Streiks. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht aller arbeitenden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. [153/9] Die Lohnkommission.

Verein deutscher Schuhmacher
Sonntag, den 30. d. M. abends 8 1/2 Uhr:
Mitgliederversammlung der Schäfte-Brande
bei Schiller, Reichshausstraße Nr. 57. [170/10] Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter
und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
Montag, den 2. Oktober 1899, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Herrn Graumann, Rannistr. 27.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Stiftungs-Fest
in Schnegelsbergs Festsälen, Hasenheide 21.
Billets sind zu haben im Arbeitsnachweis, Rannistr. 78 bei Herrn Grundmann und beim Vorstehenden G. Darsow, Grünauerstraße 25, Berlin 50 Pf., Damen 25 Pf. [142/17]

Konsum-Verein „Berlin-Nord“
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).
Am Freitag, den 29. September, nachmittags 2 Uhr:
Eröffnung der 1. Verkaufsstelle
Vineta-Platz No. 1.
Geöffnet von 8-8 Uhr, Sonnabends bis 10 Uhr. Sonntags bleibt das Geschäft geschlossen.
Die Waren werden nur an Mitglieder verabfolgt und werden dieselben im eigenen Interesse ersucht, ihren Bedarf nur aus der Genossenschaft zu beziehen, da sämtliche Artikel am Platze. — **Neuaufnahmen finden in der Verkaufsstelle jederzeit statt.**
Der Vorstand.

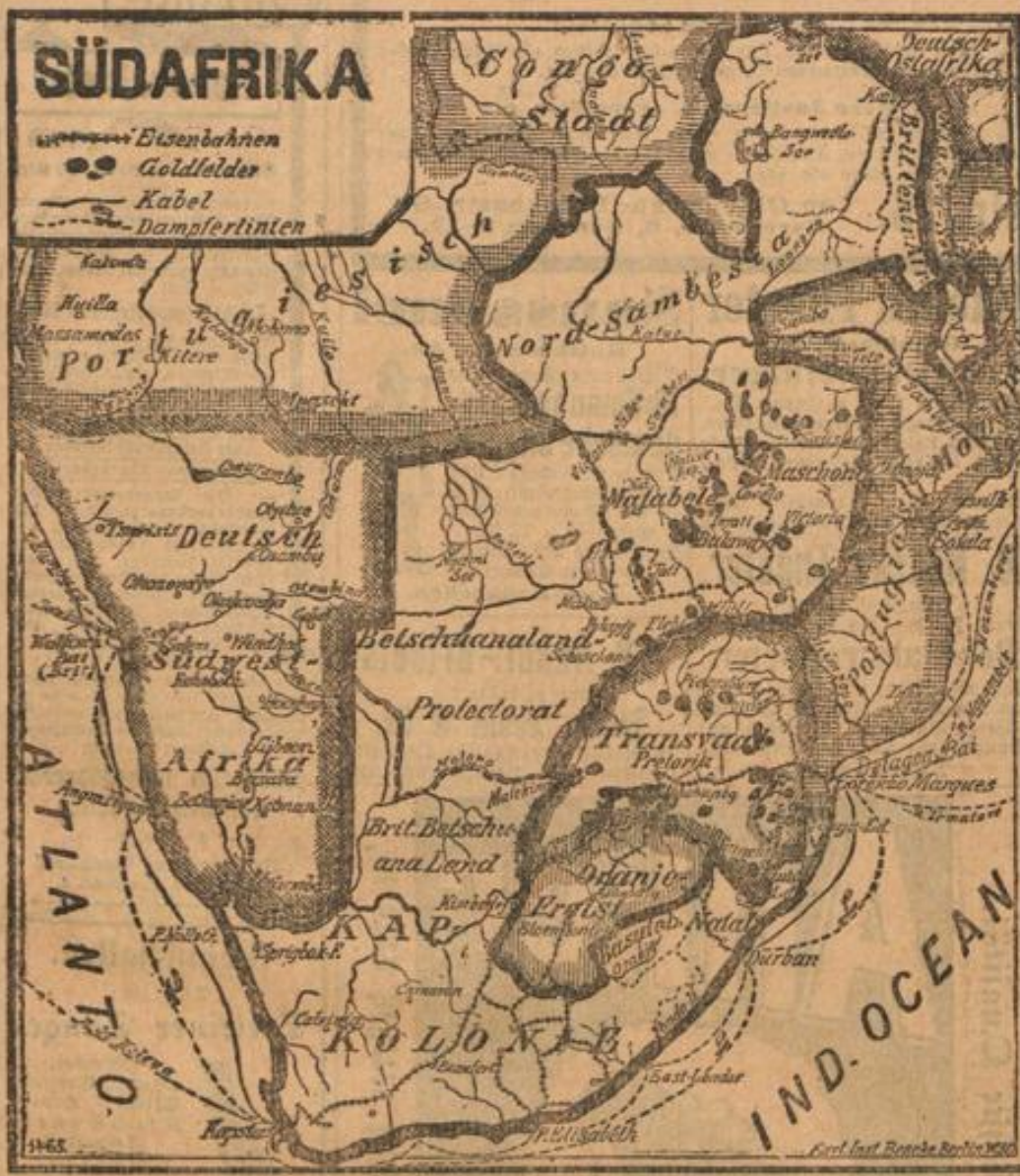
Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Freitag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Luisenstädtisches Konzerthaus“, Alte Jakobstr. 37:
Versammlung der Former.
Tages-Ordnung:
Beschlussfassung über unsere Lohnbewegung.
Jeder Former und Berufsgenosse muß anwesend sein.
Am Sonntag, den 1. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Leder, Bismarckstraße 74:
Versammlung für Charlottenburg.
Tages-Ordnung:
Die gegenwärtigen Streiks und Lohnbewegungen in der Metallindustrie. Referent Alwin Körsten.
Die Ortsverwaltung.

Unterrichten Sie sich!
über das Mietrecht nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. Erschöpfende Auskunft hierüber giebt die Broschüre: [25106*]
Die Rechte und Pflichten des Mieters
von Rich. Lipski. Preis einschließlich Porto 23 Pfennige. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den Verlag von Rich. Lipski, Leipzig, Neudorferstraße 11.
Wilmerdsdorf, Volksgarten
Berlinerstraße 40.
Jeden Sonntag: Grosser Ball. Der große Saal mit Bühne steht auch Sonntags den geehrten Vereinen zu Festlichkeiten zur Verfügung. Einige Sonnabende sind ebenfalls noch frei. [26162*] Emil Witte.

Wilhelmsbad, Charlottenburg,
109 Berlinerstr. 109,
empfiehlt speziell heiße Sand-, Trodenluft-, Voh-, Tannin-, Dampfbäder, täglich für Damen und Herren von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, Sonntags bis 1 Uhr. Bäderlieferung für sämtliche Krankenhäuser. [25862*]
Zähne 2 M.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Noacks Festsäle
Brunnenstr. 16. [29140]
Sonntag, den 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Umständehalber frei geworden
25, 30, 40 Pf.
50 Pf. [29605*]
Hirschfleisch 25, 30, 40 Pf.
Blatt 50 Pf.
Oberländer Gänse 50 u. 55.
Kaninchen 75; Hasen, Hühner, Enten, Tauben.
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.
Die als Reisewasser benutzten Damen-Kostümröcke von 4,50—8 M., Jacken-kostüme von 6—18 M., Golfcape, Staub- u. Regenmäntel von 4,50—15 M. siehe am 29. u. 30. Septbr. zum Einzelverkauf. **Horitz Skutsch,** 146/10* Taubensstr. 23, II.

Bettfedern-Fabrik
Gefabrik, Berlin, Pringelstr. 40, versendet gegen Rücknahme garantiert Bettfedern d. Pfd. 60 Pf., d. Pfd. 75 Pf., d. Pfd. 1,25, d. Pfd. 1,75, d. Pfd. 2,25, d. Pfd. 2,75, d. Pfd. 3,25, d. Pfd. 3,75, d. Pfd. 4,25, d. Pfd. 4,75, d. Pfd. 5,25, d. Pfd. 5,75, d. Pfd. 6,25, d. Pfd. 6,75, d. Pfd. 7,25, d. Pfd. 7,75, d. Pfd. 8,25, d. Pfd. 8,75, d. Pfd. 9,25, d. Pfd. 9,75, d. Pfd. 10,25, d. Pfd. 10,75, d. Pfd. 11,25, d. Pfd. 11,75, d. Pfd. 12,25, d. Pfd. 12,75, d. Pfd. 13,25, d. Pfd. 13,75, d. Pfd. 14,25, d. Pfd. 14,75, d. Pfd. 15,25, d. Pfd. 15,75, d. Pfd. 16,25, d. Pfd. 16,75, d. Pfd. 17,25, d. Pfd. 17,75, d. Pfd. 18,25, d. Pfd. 18,75, d. Pfd. 19,25, d. Pfd. 19,75, d. Pfd. 20,25, d. Pfd. 20,75, d. Pfd. 21,25, d. Pfd. 21,75, d. Pfd. 22,25, d. Pfd. 22,75, d. Pfd. 23,25, d. Pfd. 23,75, d. Pfd. 24,25, d. Pfd. 24,75, d. Pfd. 25,25, d. Pfd. 25,75, d. Pfd. 26,25, d. Pfd. 26,75, d. Pfd. 27,25, d. Pfd. 27,75, d. Pfd. 28,25, d. Pfd. 28,75, d. Pfd. 29,25, d. Pfd. 29,75, d. Pfd. 30,25, d. Pfd. 30,75, d. Pfd. 31,25, d. Pfd. 31,75, d. Pfd. 32,25, d. Pfd. 32,75, d. Pfd. 33,25, d. Pfd. 33,75, d. Pfd. 34,25, d. Pfd. 34,75, d. Pfd. 35,25, d. Pfd. 35,75, d. Pfd. 36,25, d. Pfd. 36,75, d. Pfd. 37,25, d. Pfd. 37,75, d. Pfd. 38,25, d. Pfd. 38,75, d. Pfd. 39,25, d. Pfd. 39,75, d. Pfd. 40,25, d. Pfd. 40,75, d. Pfd. 41,25, d. Pfd. 41,75, d. Pfd. 42,25, d. Pfd. 42,75, d. Pfd. 43,25, d. Pfd. 43,75, d. Pfd. 44,25, d. Pfd. 44,75, d. Pfd. 45,25, d. Pfd. 45,75, d. Pfd. 46,25, d. Pfd. 46,75, d. Pfd. 47,25, d. Pfd. 47,75, d. Pfd. 48,25, d. Pfd. 48,75, d. Pfd. 49,25, d. Pfd. 49,75, d. Pfd. 50,25, d. Pfd. 50,75, d. Pfd. 51,25, d. Pfd. 51,75, d. Pfd. 52,25, d. Pfd. 52,75, d. Pfd. 53,25, d. Pfd. 53,75, d. Pfd. 54,25, d. Pfd. 54,75, d. Pfd. 55,25, d. Pfd. 55,75, d. Pfd. 56,25, d. Pfd. 56,75, d. Pfd. 57,25, d. Pfd. 57,75, d. Pfd. 58,25, d. Pfd. 58,75, d. Pfd. 59,25, d. Pfd. 59,75, d. Pfd. 60,25, d. Pfd. 60,75, d. Pfd. 61,25, d. Pfd. 61,75, d. Pfd. 62,25, d. Pfd. 62,75, d. Pfd. 63,25, d. Pfd. 63,75, d. Pfd. 64,25, d. Pfd. 64,75, d. Pfd. 65,25, d. Pfd. 65,75, d. Pfd. 66,25, d. Pfd. 66,75, d. Pfd. 67,25, d. Pfd. 67,75, d. Pfd. 68,25, d. Pfd. 68,75, d. Pfd. 69,25, d. Pfd. 69,75, d. Pfd. 70,25, d. Pfd. 70,75, d. Pfd. 71,25, d. Pfd. 71,75, d. Pfd. 72,25, d. Pfd. 72,75, d. Pfd. 73,25, d. Pfd. 73,75, d. Pfd. 74,25, d. Pfd. 74,75, d. Pfd. 75,25, d. Pfd. 75,75, d. Pfd. 76,25, d. Pfd. 76,75, d. Pfd. 77,25, d. Pfd. 77,75, d. Pfd. 78,25, d. Pfd. 78,75, d. Pfd. 79,25, d. Pfd. 79,75, d. Pfd. 80,25, d. Pfd. 80,75, d. Pfd. 81,25, d. Pfd. 81,75, d. Pfd. 82,25, d. Pfd. 82,75, d. Pfd. 83,25, d. Pfd. 83,75, d. Pfd. 84,25, d. Pfd. 84,75, d. Pfd. 85,25, d. Pfd. 85,75, d. Pfd. 86,25, d. Pfd. 86,75, d. Pfd. 87,25, d. Pfd. 87,75, d. Pfd. 88,25, d. Pfd. 88,75, d. Pfd. 89,25, d. Pfd. 89,75, d. Pfd. 90,25, d. Pfd. 90,75, d. Pfd. 91,25, d. Pfd. 91,75, d. Pfd. 92,25, d. Pfd. 92,75, d. Pfd. 93,25, d. Pfd. 93,75, d. Pfd. 94,25, d. Pfd. 94,75, d. Pfd. 95,25, d. Pfd. 95,75, d. Pfd. 96,25, d. Pfd. 96,75, d. Pfd. 97,25, d. Pfd. 97,75, d. Pfd. 98,25, d. Pfd. 98,75, d. Pfd. 99,25, d. Pfd. 99,75, d. Pfd. 100,25, d. Pfd. 100,75, d. Pfd. 101,25, d. Pfd. 101,75, d. Pfd. 102,25, d. Pfd. 102,75, d. Pfd. 103,25, d. Pfd. 103,75, d. Pfd. 104,25, d. Pfd. 104,75, d. Pfd. 105,25, d. Pfd. 105,75, d. Pfd. 106,25, d. Pfd. 106,75, d. Pfd. 107,25, d. Pfd. 107,75, d. Pfd. 108,25, d. Pfd. 108,75, d. Pfd. 109,25, d. Pfd. 109,75, d. Pfd. 110,25, d. Pfd. 110,75, d. Pfd. 111,25, d. Pfd. 111,75, d. Pfd. 112,25, d. Pfd. 112,75, d. Pfd. 113,25, d. Pfd. 113,75, d. Pfd. 114,25, d. Pfd. 114,75, d. Pfd. 115,25, d. Pfd. 115,75, d. Pfd. 116,25, d. Pfd. 116,75, d. Pfd. 117,25, d. Pfd. 117,75, d. Pfd. 118,25, d. Pfd. 118,75, d. Pfd. 119,25, d. Pfd. 119,75, d. Pfd. 120,25, d. Pfd. 120,75, d. Pfd. 121,25, d. Pfd. 121,75, d. Pfd. 122,25, d. Pfd. 122,75, d. Pfd. 123,25, d. Pfd. 123,75, d. Pfd. 124,25, d. Pfd. 124,75, d. Pfd. 125,25, d. Pfd. 125,75, d. Pfd. 126,25, d. Pfd. 126,75, d. Pfd. 127,25, d. Pfd. 127,75, d. Pfd. 128,25, d. Pfd. 128,75, d. Pfd. 129,25, d. Pfd. 129,75, d. Pfd. 130,25, d. Pfd. 130,75, d. Pfd. 131,25, d. Pfd. 131,75, d. Pfd. 132,25, d. Pfd. 132,75, d. Pfd. 133,25, d. Pfd. 133,75, d. Pfd. 134,25, d. Pfd. 134,75, d. Pfd. 135,25, d. Pfd. 135,75, d. Pfd. 136,25, d. Pfd. 136,75, d. Pfd. 137,25, d. Pfd. 137,75, d. Pfd. 138,25, d. Pfd. 138,75, d. Pfd. 139,25, d. Pfd. 139,75, d. Pfd. 140,25, d. Pfd. 140,75, d. Pfd. 141,25, d. Pfd. 141,75, d. Pfd. 142,25, d. Pfd. 142,75, d. Pfd. 143,25, d. Pfd. 143,75, d. Pfd. 144,25, d. Pfd. 144,75, d. Pfd. 145,25, d. Pfd. 145,75, d. Pfd. 146,25, d. Pfd. 146,75, d. Pfd. 147,25, d. Pfd. 147,75, d. Pfd. 148,25, d. Pfd. 148,75, d. Pfd. 149,25, d. Pfd. 149,75, d. Pfd. 150,25, d. Pfd. 150,75, d. Pfd. 151,25, d. Pfd. 151,75, d. Pfd. 152,25, d. Pfd. 152,75, d. Pfd. 153,25, d. Pfd. 153,75, d. Pfd. 154,25, d. Pfd. 154,75, d. Pfd. 155,25, d. Pfd. 155,75, d. Pfd. 156,25, d. Pfd. 156,75, d. Pfd. 157,25, d. Pfd. 157,75, d. Pfd. 158,25, d. Pfd. 158,75, d. Pfd. 159,25, d. Pfd. 159,75, d. Pfd. 160,25, d. Pfd. 160,75, d. Pfd. 161,25, d. Pfd. 161,75, d. Pfd. 162,25, d. Pfd. 162,75, d. Pfd. 163,25, d. Pfd. 163,75, d. Pfd. 164,25, d. Pfd. 164,75, d. Pfd. 165,25, d. Pfd. 165,75, d. Pfd. 166,25, d. Pfd. 166,75, d. Pfd. 167,25, d. Pfd. 167,75, d. Pfd. 168,25, d. Pfd. 168,75, d. Pfd. 169,25, d. Pfd. 169,75, d. Pfd. 170,25, d. Pfd. 170,75, d. Pfd. 171,25, d. Pfd. 171,75, d. Pfd. 172,25, d. Pfd. 172,75, d. Pfd. 173,25, d. Pfd. 173,75, d. Pfd. 174,25, d. Pfd. 174,75, d. Pfd. 175,25, d. Pfd. 175,75, d. Pfd. 176,25, d. Pfd. 176,75, d. Pfd. 177,25, d. Pfd. 177,75, d. Pfd. 178,25, d. Pfd. 178,75, d. Pfd. 179,25, d. Pfd. 179,75, d. Pfd. 180,25, d. Pfd. 180,75, d. Pfd. 181,25, d. Pfd. 181,75, d. Pfd. 182,25, d. Pfd. 182,75, d. Pfd. 183,25, d. Pfd. 183,75, d. Pfd. 184,25, d. Pfd. 184,75, d. Pfd. 185,25, d. Pfd. 185,75, d. Pfd. 186,25, d. Pfd. 186,75, d. Pfd. 187,25, d. Pfd. 187,75, d. Pfd. 188,25, d. Pfd. 188,75, d. Pfd. 189,25, d. Pfd. 189,75, d. Pfd. 190,25, d. Pfd. 190,75, d. Pfd. 191,25, d. Pfd. 191,75, d. Pfd. 192,25, d. Pfd. 192,75, d. Pfd. 193,25, d. Pfd. 193,75, d. Pfd. 194,25, d. Pfd. 194,75, d. Pfd. 195,25, d. Pfd. 195,75, d. Pfd. 196,25, d. Pfd. 196,75, d. Pfd. 197,25, d. Pfd. 197,75, d. Pfd. 198,25, d. Pfd. 198,75, d. Pfd. 199,25, d. Pfd. 199,75, d. Pfd. 200,25, d. Pfd. 200,75, d. Pfd. 201,25, d. Pfd. 201,75, d. Pfd. 202,25, d. Pfd. 202,75, d. Pfd. 203,25, d. Pfd. 203,75, d. Pfd. 204,25, d. Pfd. 204,75, d. Pfd. 205,25, d. Pfd. 205,75, d. Pfd. 206,25, d. Pfd. 206,75, d. Pfd. 207,25, d. Pfd. 207,75, d. Pfd. 208,25, d. Pfd. 208,75, d. Pfd. 209,25, d. Pfd. 209,75, d. Pfd. 210,25, d. Pfd. 210,75, d. Pfd. 211,25, d. Pfd. 211,75, d. Pfd. 212,25, d. Pfd. 212,75, d. Pfd. 213,25, d. Pfd. 213,75, d. Pfd. 214,25, d. Pfd. 214,75, d. Pfd. 215,25, d. Pfd. 215,75, d. Pfd. 216,25, d. Pfd. 216,75, d. Pfd. 217,25, d. Pfd. 217,75, d. Pfd. 218,25, d. Pfd. 218,75, d. Pfd. 219,25, d. Pfd. 219,75, d. Pfd. 220,25, d. Pfd. 220,75, d. Pfd. 221,25, d. Pfd. 221,75, d. Pfd. 222,25, d. Pfd. 222,75, d. Pfd. 223,25, d. Pfd. 223,75, d. Pfd. 224,25, d. Pfd. 224,75, d. Pfd. 225,25, d. Pfd. 225,75, d. Pfd. 226,25, d. Pfd. 226,75, d. Pfd. 227,25, d. Pfd. 227,75, d. Pfd. 228,25, d. Pfd. 228,75, d. Pfd. 229,25, d. Pfd. 229,75, d. Pfd. 230,25, d. Pfd. 230,75, d. Pfd. 231,25, d. Pfd. 231,75, d. Pfd. 232,25, d. Pfd. 232,75, d. Pfd. 233,25, d. Pfd. 233,75, d. Pfd. 234,25, d. Pfd. 234,75, d. Pfd. 235,25, d. Pfd. 235,75, d. Pfd. 236,25, d. Pfd. 236,75, d. Pfd. 237,25, d. Pfd. 237,75, d. Pfd. 238,25, d. Pfd. 238,75, d. Pfd. 239,25, d. Pfd. 239,75, d. Pfd. 240,25, d. Pfd. 240,75, d. Pfd. 241,25, d. Pfd. 241,75, d. Pfd. 242,25, d. Pfd. 242,75, d. Pfd. 243,25, d. Pfd. 243,75, d. Pfd. 244,25, d. Pfd. 244,75, d. Pfd. 245,25, d. Pfd. 245,75, d. Pfd. 246,25, d. Pfd. 246,75, d. Pfd. 247,25, d. Pfd. 247,75, d. Pfd. 248,25, d. Pfd. 248,75, d. Pfd. 249,25, d. Pfd. 249,75, d. Pfd. 250,25, d. Pfd. 250,75, d. Pfd. 251,25, d. Pfd. 251,75, d. Pfd. 252,25, d. Pfd. 252,75, d. Pfd. 253,25, d. Pfd. 253,75, d. Pfd. 254,25, d. Pfd. 254,75, d. Pfd. 255,25, d. Pfd. 255,75, d. Pfd. 256,25, d. Pfd. 256,75, d. Pfd. 257,25, d. Pfd. 257,75, d. Pfd. 258,25, d. Pfd. 258,75, d. Pfd. 259,25, d. Pfd. 259,75, d. Pfd. 260,25, d. Pfd. 260,75, d. Pfd. 261,25, d. Pfd. 261,75, d. Pfd. 262,25, d. Pfd. 262,75, d. Pfd. 263,25, d. Pfd. 263,75, d. Pfd. 264,25, d. Pfd. 264,75, d. Pfd. 265,25, d. Pfd. 265,75, d. Pfd. 266,25, d. Pfd. 266,75, d. Pfd. 267,25, d. Pfd. 267,75, d. Pfd. 268,25, d. Pfd. 268,75, d. Pfd. 269,25, d. Pfd. 269,75, d. Pfd. 270,25, d. Pfd. 270,75, d. Pfd. 271,25, d. Pfd. 271,75, d. Pfd. 272,25, d. Pfd. 272,75, d. Pfd. 273,25, d. Pfd. 273,75, d. Pfd. 274,25, d. Pfd. 274,75, d. Pfd. 275,25, d. Pfd. 275,75, d. Pfd. 276,25, d. Pfd. 276,75, d. Pfd. 277,25, d. Pfd. 277,75, d. Pfd. 278,25, d. Pfd. 278,75, d. Pfd. 279,25, d. Pfd. 279,75, d. Pfd. 280,25, d. Pfd. 280,75, d. Pfd. 281,25, d. Pfd. 281,75, d. Pfd. 282,25, d. Pfd. 282,75, d. Pfd. 283,25, d. Pfd. 283,75, d. Pfd. 284,25, d. Pfd. 284,75, d. Pfd. 285,25, d. Pfd. 285,75, d. Pfd. 286,25, d. Pfd. 286,75, d. Pfd. 287,25, d. Pfd. 287,75, d. Pfd. 288,25, d. Pfd. 288,75, d. Pfd. 289,25, d. Pfd. 289,75, d. Pfd. 290,25, d. Pfd. 290,75, d. Pfd. 291,25, d. Pfd. 291,75, d. Pfd. 292,25, d. Pfd. 292,75, d. Pfd. 293,25, d. Pfd. 293,75, d. Pfd. 294,25, d. Pfd. 294,75, d. Pfd. 295,25, d. Pfd. 295,75, d. Pfd. 296,25, d. Pfd. 296,75, d. Pfd. 297,25, d. Pfd. 297,75, d. Pfd. 298,25, d. Pfd. 298,75, d. Pfd. 299,25, d. Pfd. 299,75, d. Pfd. 300,25, d. Pfd. 300,75, d. Pfd. 301,25, d. Pfd. 301,75, d. Pfd. 302,25, d. Pfd. 302,75, d. Pfd. 303,25, d. Pfd. 303,75, d. Pfd. 304,25, d. Pfd. 304,75, d. Pfd. 305,25, d. Pfd. 305,75, d. Pfd. 306,25, d. Pfd. 306,75, d. Pfd. 307,25, d. Pfd. 307,75, d. Pfd. 308,25, d. Pfd. 308,75, d. Pfd. 309,25, d. Pfd. 309,75, d. Pfd. 310,25, d. Pfd. 310,75, d. Pfd. 311,25, d. Pfd. 311,75, d. Pfd. 312,25, d. Pfd. 312,75, d. Pfd. 313,25, d. Pfd. 313,75, d. Pfd. 314,25, d. Pfd. 314,75, d. Pfd. 315,25, d. Pfd. 315,75, d. Pfd. 316,25, d. Pfd. 316,75, d. Pfd. 317,25, d. Pfd. 317,75, d. Pfd. 318,25, d. Pfd. 318,75, d. Pfd. 319,25, d. Pfd. 319,75, d. Pfd. 320,25, d. Pfd. 320,75, d. Pfd. 321,25, d. Pfd. 321,75, d. Pfd. 322,25, d. Pfd. 322,75, d. Pfd. 323,25, d. Pfd. 323,75, d. Pfd. 324,25, d. Pfd. 324,75, d. Pfd. 325,25, d. Pfd. 325,75, d. Pfd. 326,25, d. Pfd. 326,75, d. Pfd. 327,25, d. Pfd. 327,75, d. Pfd. 328,25, d. Pfd. 328,75, d. Pfd. 329,25, d. Pfd. 329,75, d. Pfd. 330,25, d. Pfd. 330,75, d. Pfd. 331,25, d. Pfd. 331,75, d. Pfd. 332,25, d. Pfd. 332,75, d. Pfd. 333,25, d. Pfd. 333,75, d. Pfd. 334,25, d. Pfd. 334,75, d. Pfd. 335,25, d. Pfd. 335,75, d. Pfd. 336,25, d. Pfd. 336,75, d. Pfd. 337,25, d. Pfd. 337,75, d. Pfd. 338,25, d. Pfd. 338,75, d. Pfd. 339,25, d. Pfd. 339,75, d. Pfd. 340,25, d. Pfd. 340,75, d. Pfd. 341,25, d. Pfd. 341,75, d. Pfd. 342,25, d. Pfd. 342,75, d. Pfd. 343,25, d. Pfd. 343,75, d. Pfd. 344,25, d. Pfd. 344,75, d. Pfd. 345,25, d. Pfd. 345,75, d. Pfd. 346,25, d. Pfd. 346,75, d. Pfd. 347,25, d.



Die Zustände in Süd-Afrika erregen gegenwärtig die ernste Aufmerksamkeit aller Politiker. Es kommt hinzu, daß die Frage des Besitzes der Delagoa-Bai ihrer Entscheidung entgegenzugehen scheint.

In unserer bestehenden Karte ist eine Uebersicht über die Besitzverhältnisse ganz Süd-Afrikas gegeben, welche sowohl Deutsch-Südwest-Afrika als auch nach den südlichen Teil der portugiesischen Kolonie an der afrikanischen Westküste, Angola, umfaßt, im Norden bis zu den südlichen Gebieten des Kongostaates und Deutsch-Ost-Afrika hinaufreicht, im Osten ganz Portugiesisch-Mozambique sowie weiter die inneren Gebiete Süd-Afrikas, die sich in englischen Besitz befinden, darstellt. Durch die mit verschiedenartigen Signaturen gezeichneten Umgrenzungen der einzelnen Gebiete treten dem Leser die Besitzverhältnisse in Süd-Afrika sofort deutlich vor Augen.

Die Delagoa-Bai nähert sich am meisten der Ostgrenze Transvaals und von der Stadt Lorenzo Marques aus führt bekanntlich eine zum großen Teil mit deutschem Kapital gebaute Bahn nach Transvaal hinein. Diese Bahn sowie der Hafenort bilden das begehrteste Objekt für England, und es ist wiederholt schon gemeldet worden, wenn auch noch nicht bestätigt, daß Portugal die Delagoa-Bai an England verkaufen habe.

An allen Einfallspunkten der englischen Grenze haben die Boeren starke Verteidigungsstellungen geschaffen, welche auch bei einer Offensive des holländischen Hirtenvolkes nicht wertlos sein werden, da sie dann die Stützpunkte des Vornachrückens und die immer bereiten Sicherungen eines etwa nötigen Rückzuges bilden.

Versteigerung schreibt vor, daß ich Ihnen auf Ihr Verlangen die Bescheinigung vorzulegen habe, nicht aber, daß ich sie Ihnen unaufgefordert vorzeigen muß!" Lieutenant: „Nun, dann zeigen Sie mir die Bescheinigung.“ Kiesel: „Bitte, hier ist sie.“ Lieutenant: „Ihr Stand?" Kiesel: „Das steht ja in der Bescheinigung.“ Lieutenant: „Da steht nur der Name, welches ist Ihr Stand?" Kiesel: „Eigarrenarbeiter.“ Damit war dieser Zwischenfall erledigt, und nunmehr nahm Genosse Martwald das Wort zu einem Vortrage, in welchem er das Verhalten der bürgerlichen und andererseits der sozialdemokratischen Stadtverordneten gegenüber einer Reihe wichtiger kommunaler Angelegenheiten schilderte und zeigte, daß jeder, der eine konsequente Vertretung der Interessen der breiten Volksmasse wolle, nicht anders als sozialdemokratisch wählen könne. — Die Genossen Hingy, Zauchel, Pfeifer und Lehmann ergänzten die Ausführungen des Referenten. Die Versammlung nahm eine Resolution an, durch welche sich die Genossen verpflichten, trotz der Erbarmlichkeit des Dreiklassenwahl-Gesetzes mit ganzer Kraft für die Wahl sozialdemokratischer Stadtverordneter einzutreten.

In Nixdorf fand am 24. d. M. eine Versammlung der Arbeiter, Ritter, Hausdiener und Pader statt, in welcher zunächst der Genosse Ad. Hoffmann über „Auf was wir stolz sind“ referierte. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte die Besprechung über die Gewerdegewerkschaften. Kollege Rein hielt das einleitende Referat. Er erläuterte in kurzen Zügen die Entstehung und die Einrichtung des Gewerdegewerkschafts und wies darauf hin, daß dasselbe große Vorteile für jeglichen Beruf bietet. Er ermahnt alle, dafür Sorge zu tragen, daß die aufgestellten Kandidaten der Verfassungskollegen gewählt werden. Ebenso sei es Pflicht eines jeden, sich an der Wahl zu beteiligen. Der Vorsitzende Rohr teilt sodann mit, daß von seiten des Gewerbelarbeits Fischer und Weiß als Kandidaten aufgestellt sind und empfiehlt die Annahme des Vorschlags, was auch einstimmig erfolgt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wird die Versammlung geschlossen.

Mühlenbeck. Da in unserem Orte kein Versammlungsort zur Verfügung steht, fand am Sonntag eine öffentliche Versammlung in dem benachbarten Orte Sumt statt. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Lokalfrage. Genosse Freiwaldts Pantow gab den Bericht über den schon seit Jahren sich hinziehenden Kampf zwischen den Arbeitern und Saalinsgebern Mühlenbeck. Große Heiterkeit erregte es, als der überwachende Beamte den Genossen Freiwaldt unterbrach, sich an den Rand des Podiums stellte, und zur Versammlung gewendet, den Vorsitzenden ersuchte, den Redner zu unterbrechen, weil derselbe unfähig, der Gastwirt Grothe und Ortsvorsteher Grothe sind verschwägert. Das ist eine Beleidigung, die darf ich nicht dulden — sprach und setzte sich unter dem homerischen Gelächter der Versammlung. In der Diskussion wurde gesagt, daß etliche organisierte Männer Mühlenbeck trotz der Saalsperrre und des Verhältnisses, die Lokale zu meiden, dort verkehrten. Eine Resolution, den Kampf gegen die Mühlenbecker Gastwirte weiter fortzusetzen, wurde angenommen. Weiter wurde beschlossen, die von der Agitationskommission herausgegebene Zeitung „Die Fackel“ zu abonnieren. In die ausgelegten Abonnementlisten zeichneten sich fast sämtliche Teilnehmer der Versammlung ein. Mit einem Hoch auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den sechsten Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag eine Versammlung im „Bedding-Kasino“, Schulstraße 27, ab. Als der Vorsitzende Max Kiesel die Versammlung eröffnete, erhob sich der überwachende Polizeilieutenant mit den

Worten: „Sie haben mir erst die Anmeldebescheinigung vorzuzeigen.“ Kiesel: „Das habe ich mir nötig, wenn Sie es verlangen. Sie haben es aber, bis jetzt noch nicht verlangt.“ Lieutenant: „Sie haben mir, ehe Sie die Versammlung eröffnen, die Bescheinigung hierher zu bringen. Glauben Sie denn, daß ich Ihnen nachlaufen werde?“ Kiesel: „Herr Lieutenant, das

Adreßbuch

für Berlin  und Vororte

1900.

Die Hauslisten für das Adreßbuch, Jahrgang 1900, sind nunmehr den Herren Hauseigentümern bzw. Verwaltern zur Weitergabe an die verehrlichen Haushaltungs-Vorstände zugegangen. Die letzteren werden hiermit gebeten, die erforderlichen Angaben recht genau und deutlich in die Hauslisten einzutragen und diese schnell weiter zu geben. Da die

Abholung der Hauslisten Dienstag, den 3. October,

beginnt, so richte ich an diejenigen Haushaltungs-Vorstände in Berlin, denen die Hauslisten bisher noch nicht vorgelegt wurden, das Ersuchen, bei ihren Herren Hauseigentümern oder Verwaltern wegen der Liste Nachfrage zu halten und für die schleunigste Eintragung der erforderlichen Angaben Sorge zu tragen oder mir diese Angaben unverzüglich direct zugehen zu lassen.

Im Hinblick darauf, daß die Bewohner der Reichshauptstadt das größte Interesse an einem vollkommenen und zuverlässigen Adreßbuche haben, darf ich wohl erwarten, daß alle Einwohner durch recht genaue Ausfüllung der Hauslisten und durch deren schleunige Weitergabe die mühevoll und kostspielige Zusammenstellung des Adreßbuchs unterstützen werden.

Berlin, den 28. September 1899.
8W. Zimmerstraße 39/41.

August Scherl.

für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 29. September.
Neues Opern-Theater (Kroll).
 Geschlossen.
Opernhaus. I. Sinfonie-Abend der Königl. Kapelle. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Einzig Liebe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Kollege Crampton. Anf. 7 1/2 Uhr.
Leistung. La Principessa Giorgia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Was von Verlichingen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Nora. Anfang 8 Uhr.
Reue. Gollmire. Anf. 7 1/2 Uhr.
Wiken. Die Kette nach China. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Platzmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weibens. Der Schlafwagen; Controtour. Vorder: Zum Ginfiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Finken. Romeo und Julia. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Um tausend Mark. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die weiße Henne. Anf. 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelms-Theater. Die Kette nach der Teufelsinsel. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin lacht. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vollage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Jubiläum. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater).
 Freitag, abends 8 Uhr:
Nora.
 Schauspiel in 3 Akten v. Henrik Ibsen.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Ehre.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Ehre.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Nora.

Ostend-Karl-Weiß-Theater.
 Gr. Frankfurterstraße 132.
 Nur noch einige Aufführungen:
Um tausend Mark.
 - Anfang 8 Uhr. -
 Vorgesangsbüchlein haben Gültigkeit.
 Im Tunnel
 von 7 Uhr an **Frel-Konzert.**
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr: Freie
 Solistübungen, II. Abteilung: Fant.
 Freitag, 6. Oktober: Der Welt-
 untergang. Gr. Musikantengesellschaft mit
 Gesang nach dem Englischen des Jam.
 Smith, einge. v. Dir. Karl Weiß und
 Hof. Hill.

Central-Theater
 Dichtung: José Ferenczy.
Die Geisha
 oder: Eine japanische Theatengeschichte.
 Operette in 3 Akten von Owen Hall.
 Musik von Sidney Jones.
 Anfang 7 1/2 Uhr:
 Morgen und folgende Tage: Die
 selbe Vorstellung.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr, zu halben
 Preisen: Der Zigeunerbaron von
 Johann Strauß.

R. Ballschmieders
„Kastanienwäldchen“
Konzertgarten u. Prachtstraße
 Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.
 Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
 Jeden Donnerstag:
Elite-Streich-Konzert.
 Sonntags: Großer Ball im
 neubauten Saal.
 Empfehle meine Säle zu allen Fest-
 lichkeiten.
 R. Ballschmieder.

Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose!
 Täglich viele Anerkennungen.
Herr Dr. H. schreibt:
 Ich habe während der Operation selbst als auch in der
 Folge keine Schmerzempfindung gehabt etc. etc.
Herr Justizrat R. schreibt u. a.:
 Bestätige Ihnen gern, dass ich nach Injektion einer
 Flüssigkeit beim Ausziehen eines Backenzahnes keinen Schmerz
 empfunden habe etc. etc.
Linde, Köpnickerstr. 76. Von Oktober ab: Brückenstr. 6b.
 Sprechst. 9-6, Sonntags 9-12.

Metropol-Theater.
 Dichtung: Richard Schultz.
Mlle. Diéterle, Grand Etoile de Paris.
 Beschieden Auftreten der Damen **Jane Pyerny, Alice Bonheur**
 und des gesamten, sensationellen September-Programms.
„Berlin lacht“ !!
 Sonntag, den 1. Oktober 1899: Zum erstenmale:
*** Rund um Berlin. ***
 Berliner Lokal-Revue von J. Freund. Musik von J. Gindshofer.
 7 sensationelle Debuts.

Friedrich-Wilhelms-Theater
 Chausseest. 25/26.
 Abends 8 Uhr: Zum 20. Male:
Die Reise nach der Teufelsinsel
 Besteht aus 4 Akten mit Gesang
 und Tanz in 5 Akten von ...
 In Szene gesetzt vom Dir. Max Faust.
 1. Bild: Auf zu Trebuch.
 2. Bild: Verhängte Mächte.
 3. Bild: Mitternacht und Verrat.
 4. Bild: Das belagerte Haus.
 5. Bild: Die Gerichtsverhandlung.
 6. Bild: Apotheose.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen
 Preisen: Des Weeres und der
 Riche Welken oder: Hero und
 Leander.

Apollo-Theater.
Frau Luna
 mit dem sensationellen Luftballast:
„Grigolatis“.
Otto Reußer
Yumata Tiers
Paulette Darty
The Blossoms
 etc. etc. etc.
 Kassenöffnung 7 Uhr.
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
 Vom 1. Oktober ab Beginn der
 Vorstellung um 7 1/2 Uhr.
10 Debuts.
 Vorverkauf täglich im Theater und
 beim „Künstlerdank“, Untor den
 Linden 69.

CASTANS
PANOPTICUM
 165. Friedrichstrasse 165.
 Neu! Die tanzenden Neu!
Derwische
 aus Ober-Aegypten!
Ohm Krüger * Dreyfus
Mercier * Zola.

Victoria-Brauerei
 Löhnerstraße 111/112.
 Jeden Montag
 und Freitag:
Nordd.
Sänger
 (Führmann,
 Horst, Waldo).
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Jeden Donnerstag: **Gr. Ball.**
 Anfang 8 Uhr. - Entree 30 Pf.

Urania
 Taubenstrasse 48/49.
 Im Theater abends 8 Uhr:
Das Land der Fjorde.
 Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum
 Geöffnet von
 9 Uhr früh bis
 10 Uhr abends.
Hippels
Stettiner
Quartett- u.
Humoristen-
Ensemble.

Thalia-Theater.
 Tol. Amt Va 6440. Dresdenstr. 72/73.
 Heute und folgende Tage:
Der Platzmajor.
 Prachtvolle neue Ausstattung!
 Thomas, Thiescher, Holmerding,
 Junkermann.
 Im 2. Akt: **Gr. Matoffoy-Terzett.**
 Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
 Vor der Vorstellung Konzert im Tunnel.

Victoria-Theater
 C. Alexanderstr. 40. Fernis. VII 1711.
 Direkt.: V. Bausenwein u. C. Emmerich.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 20. Mal mit
 vollständig neuer Ausstattung:
Rosita! Die weiße Henne. Rosita!
 (La poule blanche).
 Soubrette in 3 Akten von Hennequin
 und Nord. Deutsch v. Volten-Bäcker.
 Musik v. B. Roger. In Paris mit
 Erfolg über 100 mal gegeben.

Palast-Theater
 früher **Feen-Palast, Burgstraße 22.**
 Nur noch die Sonnabend:
 Abends 8 Uhr
 die mit großem Erfolg aufgeführte
 Berliner Ausstattungs-Gezangspötte
Spreu-Lottchen!
 (Sittlicher Beifall!)
 Helene Voss und Wilhelm Fröbel
 als Tanz-Duetten (Pantow alle etc.)
 Das bad-phänomenale
 September-Specialitäten-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
 Kassenöffnung 1 Stunde vor Anfang.
 Billet-Vorverkauf vorm. v. 11-1 Uhr.
 Sonnabend, den 1. Oktober er:
Neues Programm.
 Sonnabend, den 7. Oktober er:
 Erster grosser Gesellschafts-Abend.
 Vorstellung und Tanzkränzchen.

Maehrs Theater
 Oranienstr. 24.
Der Herzverführer.
 Operette in 1 Akt v. Leopold Gfu.
 Brothers Range. Frères Alexandr.
 Franziska Held. Elise Mosser. Trude
 Bürgel. Gustav Eulenburg. Paul
 Frey etc.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
 Vorgesangarten an Wochentagen gütig

W. Noacks Theater,
 Brunnenstraße 16.
 Heute, Freitag, den 29. September:
Der Stabstompeter.
 Pöffe mit Gesang u. Tanz in 4 Akten
 von Mannhildt. Musik von Stoffels.
 Jeden Sonntag, Dienstag und
 Donnerstag nach der Vorstellung:
 Tanzkränzchen.

Sanssouci
 Kottbuserstr. 4a.
 Täglich außer Sonnabends
Hoffmanns Nord-
deutsche Sänger.
 Anfang wochentags 8 Uhr.
 Entree (Vorverkauf) 30 u.
 50 Pf. Sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 u. 15 Pf.
 Donnerstag und Sonntag
 nach der Solire:
Tanz-Kränzchen.

Anker-Brikets
 sind zu haben bei
Friedr. Daniel & Co.
 Knermarkt vorzügliche Qualität
 Berlin W., Leipzigerstr. 29.

Anker Brikets
 An allen besseren Kohlenhandlungen zu haben.



Deutsche Schuh-Fabrik
 vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt-Iversgehofen
 Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.



Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalzt, Spezialität . . . 7 M.
 ohne Rohr, Zwickel 8,50 M.
 Befest. u. Knopfergierung 3,00, 4,50,
 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
„ Agrarstiefel, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis
 18 M.
„ Schnür-, Zag-, Haus-, Kellnerschuhe in den
 verschiedenen Befest. und Verblagen.
Arbeitschuhe, rechl., solid, festig, 4,50 bis 6,50 M.
Schnafstiefel, Reitstiefel.
„ Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befest. u. Rappe,
 von 5,50 M. an.
„ Schnürschuhe von 3,50 M. an
„ Hausschuhe von 3,00 M. an
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe,
 äußerst solid gearbeitet.
zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollen Modern von 2,50 M. an
 Größte Auswahl in Gummil-, Turn-, Reise- u. Filz-
 schuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf
 die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung
 ausgeschlossen. [23780*]
Verkaufsstellen:
Berlin SW., Belle-Alliance-
 str. 102.
 W., Schillerstr. 12.
Stettin Heiligsandstr. 14.
Hannover Ringmarkt 7a.
Hamburg Steinstraße 16.
Margaretenstr. 5.
Bremen Pantenstraße 75.
Düsseldorf Schadowstraße 57.
Köln a. Rh., Engelstein 60.
Frankfurt a. M., Niederrhein-
 berg 29.
 Zeit 67.
München Sendlingerstraße 10.
 Dachauerstraße 83.
 Vaidenbergstraße 7.
 Dumboldstr. 22.
 Amalienstr. 29.

Soeben erschienen:
Arbeiter-
Notizkalender
 1900
 Geb. 60 Pfg. - Porto: 10 Pfg.
 Aus dem Inhalt haben wir hervor:
 Das Bürgerliche Gesetzbuch
 (Bürgerrecht, Mietrecht, Erbschaft,
 Nachlass, Scheidung der Ehefrau und
 Ehemann, Anordnungen Kinder, Erb-
 recht). - Die
Reichstagswahlen von 1898
 mit Angabe der in jedem Wahl-
 kreise auf jede Partei abgege-
 benen Stimmen, unter Befugung
 der sozialdemokratischen Stimmen
 und Prozentzahl von 1898. -
Verträge und Statuten
 der sozialdemokratischen
Reichstags-Abgeordneten.
 - Die sozialdemokratischen
 Landtagsabgeordneten in den
 einzelnen Bundesstaaten. -
 Adressen und Anschriften der
 Fabrikanten, der deut-
 schen Gewerkschafts-Organisa-
 tionen und Arbeitersekretariate,
 Geschäftsstellen für Telegramme,
 Vorträge, Einnahme- und
 Ausgabenlisten etc.
 Wie die früheren Jahrgänge dürfte
 auch der für 1900 seine Freunde be-
 friedigen. Der Verlag war insofern
 besorgt, auch den diesjährigen
 Kalender zu einem
praktischen Nachschlagebuch
 für Gewerkschaften
 zu gestalten.
 Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW., Poststr. 7.

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Sänger
 (Miesel,
 Peters, Britton,
 Ziehl, Krone,
 Kirchner,
 Schneider
 und Schröder).
 Heute, Freitag:
Neues Programm.
 Anfang präcis 8 Uhr.
 Tageskasse 11-1 Uhr.

Cirkus Busch.
 Freitag, 29. September, ab 7 1/2 Uhr:
Römischer Gala-Abend.
 Charivari von 100 Clowns, Ballett,
 Clown Daniels, Championboxer, Dress-
 Spielereien, Wettspiel u. ballspielende
 Pferde. Clown Misko u. i. singenden
 Voss und Fußball-Dooge.
Luftsee Marine. Or. Ballett, get.
 u. 120 Damen des Corps de Ballett.
 Schlingens, Doppel-Jonglierer von
 Giesch, Clark, Art. Martha Mohrke,
 Schmitzerin. Wunderdressuren der
 Seidenweber und Seefunde von Raptin
 Webb.

Alcazar-Theater
 Variété I. Rang
 Dresdenstr. 52-53. Annenstr. 42-43.
Auftreten von absolut
erstklassigen Specialitäten
 Anfang:
 Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
 Entree:
 Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf.
 [23820*]
 Die Direction:
 Richard Winkler.
 Himbeer-, Kirsch- etc.

Fruchtsäfte
 garantiert rein, nur in fr. Rohstoffe
 eingekocht per Liter 1,10 M., alten
 Nordhäuser pro Liter 50 Pf.
 hochl. Stöndorfer inf. Orig. (1/2
 Liter) a 80 Pf. Halb und Halb,
 feinst. Wilderling, pr. 1/2 Champagner-
 Flasche inklusive 90 Pf., süßen
 Ungarwein, Orig. (1/2 Liter)
 von 90 Pf. an, sowie feinst. Wein,
 Cognac, Rum u. Liqueure im
 Einzelverkauf, auch eingeweiht nur zu
 Engrospreisen. Billigste Be-
 dingungen. Jgnatz Sello.
 No. 110, Brannenstr. No. 110
 neben dem Strassenbahn-Depot.

Brauerei
 zum 29730*
Berliner Bären
 35 Weizenburgerstr. 35.
 Täglich
 von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends
Jungbier-Verkauf
 (Branerei-Abzug).
 Borsingpreise an Kantinen und
 Gasthöfen ohne Anwesenheit.

Dr. Mampes bittere Tropfen (Marke
Elefant) sind nur echt in dieser
Originalflasche. Preis für eine ganze
Literflasche Mark 1,75, für eine halbe
Literflasche Mk. 1,.-
Überall
zu
haben.
 [23820*]

